

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 5.40 RM., monatlich 1.80 RM.,  
 fest im Voraus, vorausschickend. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postzusatz:  
 Romantisch vom Postamt abgeholt  
 1.80 RM., dem Besteller mit Hand ge-  
 bracht 1.94 RM. Unser Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 4.— RM., für das übrige Ausland  
 5.50 RM. monatlich. Versand ins Reich  
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.  
 Vorbestellungen nehmen an: Adol-  
 mari, Holland, Luxemburg, Schwaben  
 und die Schweiz, Postämtern in die  
 Land-Telegraphen-Verbindungen.  
 Gebühret täglich.

Telegraph-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Nebengebühren (Kontingentsbefreiung)  
 40 Bg. „Kleine Anzeigen“, das  
 festgedruckte Wort 30 Bg. (einschließlich  
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere  
 Wort 15 Bg. Stellenangebote und  
 Geschäftsvermittlungen das erste Wort  
 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg.  
 Wozu über 15 Buchstaben addiert für  
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 30%.  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen  
 70 Bg. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin  
 S. O. 10, Lindenstraße 2, abgereicht  
 werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Mittwoch, den 23. Oktober 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Reichstagsitzung vom 22. Oktober.

## Liebkecht aus dem Zuchthaus entlassen.

Ohne Sang und Klang, ohne Ehren und warmen Nachruf, nach Armsünderart auf einem Schinderfinken, und unter den verächtlichen Zurufen der Menge wurde gestern im Reichstag jemand zu Grabe getragen: Das bankrotte Junkerregiment, das verachtete System des preussisch-deutschen Feudalismus.

Der Reichstag hat gestern durch den Mund seiner ersten Sprecher diesem System, das Deutschland an den Abgrund gebracht hat, seinen Fluch und Steinwurf nachgeschleudert. „Belebt wie gestorbene in Unehren“, das wird man dieser Herrschaft auf den Grabstein setzen.

Ganz von selber konzentrierten sich die Reden immer wieder auf den innerpolitischen Umschwung. In der auswärtigen Politik konnte die Aussprache keine Sensationen bringen. Die Antwortnote der deutschen Regierung an Wilson ist seit Montag bekannt, und da ja die Regierung jetzt nichts dem Parlamentie Weisens fremdes, sondern der Vertrauensaus-schluß des Parlamentes ist, so war von vornherein klar, daß jenen ihrer Antwort und dem Willen der Reichstagsmehrheit Uebereinstimmung herrschen mußte.

Der Reichskanzler brachte noch einmal den allgemeinen Standpunkt der Regierung in der Frage des Friedensprogramms zum Ausdruck. Er betonte stark die Rechtsauffassung der neuen Regierung, die ganz und gar im Gegensatz steht zu der bisherigen Rechtsauffassung der Chauvinisten haben und drücken: denn diese Rechtsauffassung hat nicht nur das Glück und Recht des eigenen Volkes, sondern auch Glück und Recht der anderen Völker in derselben Weise im Auge.

Es ist klar, daß nur auf dieser Grundlage ein Frieden der Dauer und Verheißung, ein Völkerbund im Sinne des Wilsonschen Programms zustandekommen kann. Auf den Bedingungen der Gegenseite lastet eine schwere Verantwortung, wenn sie die Welt durch das Gebot eines einseitigen Nachfriedens um dieses Zukunftsgut, das jetzt erreichbar ist, bringen wollen. Das deutsche Volk wird alles daran setzen, der Menschheit wenigstens diesen einen bleibenden Kriegsgewinn zu sichern, indem es ebenso für das Recht kämpft, wie sich gegen das Unrecht zur Wehr setzen wird.

Das deutsche Volk ist hierzu imstande, weil der Bann des Systems gebrochen ist, das eine internationale Rechtsgefinnung, wie sie der höchste Beamte des Reiches gestern verkündete, nicht zur Regierung gelangen ließ. In immer weiteren Kreisen zieht jetzt die Erkenntnis ein, wie dieses System das deutsche Volk um sein Glück und Ansehen in der Welt gebracht hat. Ehemals eifrige Verfechter wenden sich jetzt schauernd ab, wie der nationalliberale Abgeordnete Strefemann, der offen bekennt, daß dieses System bankrott gemacht hat, sogar auf seinem eigenen Gebiet, dem militärischen, da sich das äußerlich so glänzende preussische Militärsystem von den amerikanischen und englischen „Kriegsamateuren“ hat schlagen lassen. Die gestrige Debatte klang wie ein Luftstich der großen Abrechnung, die bevorsteht, und die noch ganz andere Töne und Laten wird finden müssen.

Der Reichskanzler hat freilich dem deutschen Volk selber einen großen Teil der Schuld daran zugeschrieben, wenn erst in so später Stunde die Demokratie gesiegt hat. Er hat ausgeführt, daß der aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag schon immer das Budgetrecht als Waffe befehlen, aber es nicht gebraucht hat. Ganz unrecht hat der Reichskanzler sicher nicht. Wenn all die Volkstheorie, denen jetzt die Augen aufgegangen sind, heizten gegen das verderbliche Junkerregiment aufgestanden wären, dann wäre es wahrscheinlich gesüßert, ohne das ganze Volk in seinen Sturz mit hinabreißen zu können.

Aber gegenüber den Worten des Reichskanzlers muß doch daran erinnert werden, daß ein großer Teil des Volkes sich in jahrelangen erbitterten Kämpfen verzweifelt gegen dieses System gewehrt hat, das aber zu raffiniert in Verfassung und Verwaltung verankert war, um auch einem starken Druck ohne weiteres nachgeben zu müssen. Wir denken an die Jahre 1906 und 1908, wo Hunderttausende von Menschen auf der Straße gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht demonstrierten. Aber dieses System war von dem gleichen Köhärenwahnsinn gepackt, wie jener römische Imperator, der den frivolsten Satz prägte: „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten.“

bracht. Wie mutig könnten wir einer Volksabstimmung in jenen Gebieten ins Auge sehen, wenn nicht ein verruchtes System jahrzehntelang in dem Glauben regiert hätte, Gewalt sei ein besseres Bindemittel als ehrliche Zuneigung.

Jetzt wird amtlich gemeldet, daß der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Herr v. Dallwitz, und der Staatssekretär Freiherr v. Tschammer aus dem Amte entlassen sind. Man hat ihnen den Abschied mit hohen Orden verlißt. Das haben sie nicht verdient. Statt eines Ordens sollte man ihnen eine Tafel um den Hals hängen mit der Aufschrift: „Das sind die Männer, die Deutschland um das Herz Elsaß-Lothringens gebracht haben“ und mit dieser Fierde straflos, straflos durch sämtliche Städte Deutschlands schänden, wie es Leute verdienen, die ein deutsches Land wie Feindesland verwandelt und es so dem Deutschen Reich entfremdet haben.

Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten — das war auch der Weisheit letzter Schluß bei der im Kriege befolgten Politik. Der Einmarsch in Belgien, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, alles war nur auf die rein militärische Wirkung berechnet. Die Wirkung auf Besinnung und Willen der Völker, zu deren Beurteilung fehlte dem alten System jedes Organ. Ach, wir kennen es noch zu gut, das mildeidig herablassende Rächeln auf den Geschickern der uniformierten und nichtuniformierten Regierungsbögen, wenn ein sozialdemokratischer Redner von der Tribüne des Reichstages eindringlich auf die furchtbaren Gefahren hinwies, die sich aus dem gänzlichlichen Verkommen aller Gefühls- und Stimmungswerte ergeben mußten. Das galt als bemitleidenswerte Utopie humanitätsduseligler Schwachköpfe und fiel nicht ins Gewicht gegenüber der so blick-einfachen Arithmetik der Regimenter, Bataillone und Maschinengewehre! Und so trat man denn weiter in jedes Empfinden anderer Völker hinein, war stolz, in der Ukraine, in Litauen, in Baltikum, in Finnland, mit Hetzmännern, Herzögen und Großgrundbesitzern „Ordnung zu schaffen“ und begriff nicht, wie die Völker, die man damit in kaum abgeschüttelte Knechtschaft zurückließ, diese Ordnung hassen mußten.

Mit einer Mauer wollte uns das alte System umgeben. Es umgab uns mit einer Mauer des Hasses. Und selbst innerhalb dieser Mauer hatte der Haß keine Grenzen. Auch noch innen glaubte man noch immer, mit Gewalt regieren zu können, und füllte Gefängnisse und Zuchthäuser mit Streifen- und politischen „Verbrechern“. Jetzt öffnen sie sich! Liebkecht ist frei! Gegenüber allen fleischlichen Verleumdungen erfüllt es uns heute mit gerechtem Stolz, daß die erste deutsche Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, diesem Manne die Freiheit wiedergegeben hat, dessen Beurteilung wir stets als schwerer Justizirrtum gebremdet haben.

Das alte System ist zugrunde gegangen, nachdem es uns den Haß aller Völker und Völker eingetragen hat. Das Furchtbare in dieser Katastrophe ist nur, daß der Haß in leicht erklärlicher Verwechslung von Regierung und Volk sich zum Teil als Haß gegen das deutsche Volk eingefressen hat, und daher mit dem Sturze des Systems nicht sogleich sein Ende findet. Aber er wird in dem Maße schwinden, in dem die Wiedergeburt des deutschen Volkes der Welt sichtbar wird, und daran wollen wir alle arbeiten. Es gilt die Liebe einer Welt zu erobern, die ein so tüchtiges Volk wie das deutsche reichlich genießen wird, sobald erst die Schwärze des kaiserlichen Systems, in der es bisher auftrat, endgültig gefallen ist.

„Es sind nicht herrliche Zeiten, denen man uns entgegengeführt hat“, so begann gestern Genosse Ebert seine Rede, in der er noch einmal die Fehler der Vergangenheit und die Hoffnungen der Zukunft in formvollendeter Weise zum Ausdruck brachte. — „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen“. Das ist aus jenen Worten des höchsten Vertreters des alten Systems geworden, der nur dem Himmel, nicht dem Volke Verantwortung für seine Taten zu schulden glaubte! Die Demokratie verdammt in der jetzigen schweren Lage proble-matische Ankündigungen. Aber sie führt das Volk besseren Zeiten entgegen, als sie hinter uns liegen.

Dem Reichstag liegt — eine Neuheit in den Gebräuchen des Hauses — folgender Antrag des Zentrumsabgeordneten Bell vor:

Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus.

Damit wird der Brauch parlamentarisch regierter Staaten übernommen, das Versehen oder Aufhören des Vertrauensverhältnisses zwischen Parlament und Regierung durch Abstimmung festzustellen. (Bericht über die Sitzung in der Beilage.)

## Deutschland ersetzt versenkte spanische Schiffe

### Sieben deutsche Dampfer an Spanien übergeben.

Madrid, 18. Oktober 1918. Die spanische Regierung hat folgende amtliche Note veröffentlicht:  
 Der Ministerrat hält den Zeitpunkt für gekommen, die öffentliche Meinung über die schwebenden Verhandlungen betreffend den Ersatz des versenkten spanischen Handelschiffraumes zu unterrichten, eine Angelegenheit, die in der amtlichen Note vom 20. August angekündigt wurde, als die Minister sich erstmals in San Sebastian vereinigten.

Jene Note sagte ausdrücklich, daß die Regierung zwar ihren Beschluß ausführen müsse, daß sie dabei aber die strikte Neutralität anstreben wolle, wie sie das stets gewollt habe.

In allem Ernste hat sie auch in diesem Sinne die von der Berliner Regierung vorgebrachten Einwendungen geprüft und sich bemüht, zu erreichen, daß man dort die von der spanischen Regierung für gerecht erachtete Anschauung annimmt. Dieser Austausch der beiden Auffassungen hat sich vollzogen unter gegenseitiger und dauernder Betonung, daß Spanien bedingungslos die gute Freundschaft zwischen beiden Regierungen erhalten wolle. Die kaiserliche Regierung hat hierbei ihrerseits verschiedene Arten erwogen und in Vorschlag gebracht, durch die der für den Seeverkehr verfügbare Schiffraum ersetzt werden sollte.

Angesichts der langen Zeit, die seit der Entschlebung der spanischen Regierung schon verlaufen ist und angesichts natürlicher Verzögerungen spanischer Schiffe wurde es immer dringlicher, unter dem Vorbehalte, daß die künftigen Punkte durch spätere Verhandlungen oder durch von beiden Seiten anerkannten Schiedspruch geregelt würden, einen sofortigen Bestwechsel und eine

Verwertung von deutschem Schiffraum für Spanien aus den in unsere Häfen geländerten Schiffen vorzunehmen, welcher tatsächlich dem seit dem 14. August versenkten spanischen Schiffraum entspricht. Dabei soll der so erlangte Beschluß weder den Rechten noch der juristischen Charakterisierung präjudizieren, aber die noch keine Uebereinstimmung herrscht, wie ebensowenig hierdurch die Reklamationen berührt werden, die frühere Versenkungen betreffen.

In diesem Behuf sind durch freundschaftliche Benachrichtigung sieben deutsche Dampfer von zusammen 21600 Tonnen Laderaum bezichnet worden, nämlich: Erythra, Euphemia, Petroski, Mio, Mathilde, Gemfried und Rudolf. Sie sind der spanischen Regierung übergeben worden worden in der Weise, daß besagte Uebergabe im Einvernehmen zwischen dem Verpflegungsdirektorium und einem höheren Beamten der kaiserlichen Botschaft stattfinden wird.

## Karl Liebkechts Befreiung.

Wie uns gemeldet wird, ist es den Bemühungen der Sozialdemokraten in der Regierung, besonders des Genossen Scheidemann, gelungen, die Freilassung Karl Liebkechts aus dem Zuchthaus durchzusetzen. Wir begrüßen diesen Erfolg als ein Zeichen der beginnenden freien Zeit mit Genugtuung.

Am 23. August 1916 war der damalige Reichstagsabgeordnete und Armierungssoldat Dr. Karl Liebkecht vom Oberkriegsgericht in Berlin als zweiter Instanz wegen versuchten Kriegsverrats, erwirkten Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Am 1. Mai 1916 hatte auf dem Potsdamer Platz eine Kundgebung einiger hundert Personen stattgefunden, an der sich auch Liebkecht beteiligte. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, in dem er rief: „Nieder mit der Regierung, es lebe der Frieden!“ Da die Entente-imperialisten damals noch allgemein mit einer deutschen Revolution rechneten, die ihnen den Sieg erleichtern sollte und dieser Gedanke jede Friedensaktion erschwerte, schien uns diese Demonstration unabweislich. Ein „Verbrechen“ haben wir in ihr niemals erblicken können.

Am 11. Mai 1916 beriet der Reichstag über die Auslieferung Liebkechts. In der Debatte sprach Gen. Landsberg entschieden gegen die Auslieferung, und unsere Genossen stimmten selbstverständlich gegen sie. Leider drangen sie gegen die bürgerliche Mehrheit, die noch tief in Banden der Kriegshysterie verstrickt war, nicht durch. Die Auslieferung wurde beschlossen. Es war kein Ruhmesstag für das hohe Haus!

Wenn Liebkecht jetzt, nach zweieinhalb Jahren härtester Freiheitsberaubung, wieder freigelassen wird und ihm dadurch



nach fast zwei Jahre Zuchthaus erspart bleiben, so werden sich so manche der Abgeordneten, die damals für die Auslieferung stimmten, mit uns darüber freuen.

Liebnecht, der, wie wir zu unserer Freude hören, keinen schweren Schaden an seiner Gesundheit genommen haben soll, ist eine durch und durch ehrenhafte Persönlichkeit. Auch in der schärfsten Gegnerschaft gegen die Partei, von der er sich trennte, hat er niedrige Kampfesweisen, deren sich andere leider nur zu oft bedienen, stets verächtelt. Und so erklärt sich, daß viele mit dem Herzen bei ihm waren, wenn auch der Kopf nicht mitwirkte. Sie bewahrten ihm ihre Sympathie, wenn sie auch seine Politik ablehnen mußten. Was im Kriege der Leutnant ist, der sich tollkühn dem Feinde entgegenwirft, das war und ist Liebnecht im politischen Kampf: ein Draufgänger, kein Stratege!

Sohn freizubekommen, hat nicht geringe Mühe gekostet, da man von seiner Entlassung nachteilige Folgen für die militärische Disziplin befürchtete. Wir halten diese Befürchtung für grundlos, und würden sie auch für grundlos halten, wenn die Ämnerste auch noch weitere Kreise der verurteilten Militärpersonen erfaßte. An warnenden Exempeln fehlt es leider! — noch immer nicht, und den Sozialdemokraten, die für die Befreiung aller ehrenhaften Personen eintreten, die nur durch ihre Gesinnung mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind, bleibt noch genug zu tun übrig!

## Abneigung gegen Verständigungsfrieden in Amerika.

Genf, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Washington depechiert der Mitarbeiter der „Times“, daß eine Agitation gegen einen Verständigungsfrieden im Gange ist. Überall entstehen Klubs für bedingungslose Übergabe, und die Zeitungen nehmen das gleiche Motto an. Gefühle zugunsten einer Verständigung sindzugeben, hätte für den Betreffenden höchst unangenehme Folgen, wie ein reicher Bewohner von Chicago erzählt. Die Weigerung, Anleihe zu zeichnen, wird manchenorts fast für ein Verbrechen angesehen. Die Verwerfung der Verständigung drückt den typisch-amerikanischen Entschluß aus, ein begonnenes Großgeschäft richtig fertigzubringen, jedoch will der Amerikaner keine Nachbepolitik. Jedermann in der Union stimmt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach dem Kriege zu, jedoch einstweilen nur theoretisch. Die Regierung hat noch nicht einmal die von den Handelskreisen geforderte Kontrolle und Anstiftung der Rohstoffe gestrichelt. Wilson strebt keinen unmittelbaren Frieden an, sondern will einen Keil zwischen das deutsche Volk und die Regierung treiben.

## Die Antwort Wilsons an Oesterreich.

Französische Kommentare.

Genf, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das „Echo de Paris“ schreibt: Wilson hatte den Plan, Oesterreich erst nach Eintreffen der deutschen Note zu antworten, aber dann änderte er seinen Entschluß, wahrscheinlich aus Besorgnis, es könnten Illusionen der abstreifenden Nationalitäten mitleidlich sein, und dann deshalb, weil der Begriff, daß sich Gelegenheit bot, die schwankende Monarchie endgültig zu disintegrieren. Das germanisch-ungarische Oesterreich hat ausgelebt. Es gibt sich schon jetzt zum Bau seiner Ruinen vor. Der „Temps“ schreibt: Ob föderiert oder unidoriert, im europäischen Zentrum wird es einen stabilen Staat geben. Aber ihre Unabhängigkeit ist unvereinbar mit der preussischen Organisation Deutschlands. Wenn der in seiner Industrie und in seinem Sozialismus militarisierte deutsche Staat Herr der andern deutschen Nationalitäten bleibe, so zöge er die Autrodeutschen unwillkürlich an sich und würde gegen die Unabhängigkeit der benachbarten Slaven konspirieren. Das österreichische Problem rollt ein deutsches Problem auf. Wilson sieht das sicherlich gleich und.

Genf, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Petit Parisien“ schreibt: Wilson sprach das Todesurteil der habsburgischen Diktatur aus. Andersblätter schlagen merkwürdig verschiedene Töne an, beispielsweise der „Matin“, welcher schreibt: Wilson geht nicht darauf aus, die Gesamtheit der Fragen des Zusammenbruchs Oesterreichs in seiner heutigen Form im vornherein zu regeln. Schönes schreibt das „Journal“ in einem „Das Dogma der Rationalitäten“ betitelten Artikel: Es ließe Wilson befehlen, wolle man ihn für einen solchen Slaven seiner Prinzipien halten, daß er namens des Rationalitäten dogmas ein stärkeres Deutschland vorbereiten wolle. Die Antwort Wilsons erlegt keineswegs die Befreiung eines großen Staates im südlichen Mitteleuropa auf, der ein unentbehrliches Gegengewicht des Deutschen Reiches ist. Das Urteil trifft nur das dualistische Regime. Die neue Form Oesterreich-Ungarns muß die Unabhängigkeit aller Nationalitäten respektieren. Das ist alles, was Wilson fordert. Es hängt jetzt von den Regierungen und Völkern der habsburgischen Monarchie ab, eine neue Ordnung aufzurichten und nicht mehr einen Staub von kleinen Staaten zu bilden, die stets den Begierden süchtiger Nachbarn ausgesetzt sind.

## Henderson über das deutsche Angebot.

Der Führer der Britischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, gab am 14. Oktober folgende öffentliche Erklärung ab:

„Die deutsche Antwort auf die Fragen Wilsons ist eine außerordentlich wichtige Sache. Mehr als je ist es nötig, daß wir uns in acht nehmen, etwas zu sagen, was dem Präsidenten Wilson und den alliierten Staatsmännern schwerlich machen würde, ihren versöhnlichen Reden Folge zu leisten. Zum Beispiel: in einer Rede an die amerikanisch-französischen und britischen Truppen, ankommend an Wilsons Rede vom 4. Juli sagte unser Ministerpräsident (loyd George):

„Wenn der Kaiser und seine Berater die Bedingungen annehmen, die der Präsident niedergelegt hat, so können sie Frieden haben nicht nur mit Amerika, sondern auch mit Großbritannien und Frankreich.“

Es ist meines Erachtens unbedingt nötig, daß die Erörterungen über das deutsche Friedensangebot im Lichte derartiger Äußerungen vor sich gehen sollen. Die Frage ist jetzt nur, ob Deutschland wirklich bereit ist, auf Grund der Wilsonschen Bedingungen Frieden zu machen; auf dem Friedenslongue soll man sich nur auf die Ausarbeitung der Einzelheiten beschränken. Ist Deutschland bereit, dies zu tun, so haben wir das Recht, militärische und maritime Sicherungen zu verlangen, die Deutschland verhindern sollen, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, seine erschütterte militärische Verteidigung wieder

## Gefechte an Yps und Schelde — Heftige Kämpfe auf den Nisnehöhen östlich Bouziers — Fliegerangriff auf das Lahntal.

Berlin, 22. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Starke Angriffe in Flandern südwestlich der Leuze und östlich von Kortrijk brachten dem Feinde nur örtlich begrenzten Bodengewinn. Auf östlichem Nisneuser beiderseits Bouziers und östlich von Ailly sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Oktober 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der Yps und Schelde Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Plätze zu überschreiten. Nördlich von Kortrijk drang er mit Panzerwagen, südlich von Kortrijk mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Vizegouverneur Müller der 9. Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 221 vernichtete hierbei sechs Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns geschnittenen Kirchtürme von St. Amand mit Maschinengewehren. Beiderseits von Sledmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nächtlichen Teilkämpfen blieben die Geschäfte von Amerval in seiner Hand.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Dize und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Mesbreeourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Nisnehöhen östlich von Bouziers dauern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preussischen und bayerischen Bataillonen dem Feinde in erfolgreichem Gegenangriff die Höhen östlich von Sandy, zwischen Ballay und Chevres und nördlich von Falaise wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Östlich von Digny scheiterte ein Tealangriff des Feindes.

#### Heeresgruppe Gallwitz.

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommerance und in breiterer Front beiderseits von Bantreville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von etwa acht feindlichen Flugzeugen, das Ostfliegen im Lahntal angriff, wurden vier Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Seljens errang seinen 35. Luftsieg.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Krufevac und am Bukovic scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Western in den frühesten Morgenstunden gelang es dem Feind im Gebiete des Monte Simal vorübergehend in unsere Gräben einzudringen; er wurde der Gegend geworfen. Weitere Angriffsbemühungen scheiterten in unserem Feuer. Im Mans-Becken bereiteten wir italienische Erkundungsversuche.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

An der Morava wurden Angriffe abgewiesen. Eine Unternehmung deutscher Truppen führte in die feindliche Stellung. Bei Zajcevo versuchte der Feind Boden zu gewinnen. In Albanien kam es am Matt-Fin zu Nahkämpfen.

Der Chef des Generalstabes.

herzustellen. Ein derartiges Verlangen soll aber auch begleitet sein von bindenden diplomatischen Garantien der Alliierten, daß sie über einen Wilson-Frieden verhandeln wollen und daß sie keine nachlässigen und strafenden Forderungen stellen wollen, die mit den Grundsätzen einer unparteiischen Gerechtigkeit nicht übereinstimmen. Meiner Ansicht nach kann die Arbeiterklasse nicht besseres tun, als ihre ganze Macht auf die Wagschale Wilsons und unseres Ministerpräsidenten zu werfen und eine endgültige Lösung zu suchen innerhalb des Programms, das Deutschland jetzt anzunehmen sich bereit erklärt hat.

Es wird sich also nunmehr zeigen müssen, wie groß die Übereinstimmung der Ansichten Hendersons und der englischen Arbeiterschaft ist. Bisher hat der Draht noch keine Meldung von einem Einreisen der vorführenden politischen Instanzen des englischen Proletariats in Hendersons Sinne übermittelt. Man sollte aber meinen, daß Geschrei der Kriegsverlängerer erleichtere und beschleunige die Aktion, die für den Schritt des Friedens von größter Bedeutung wäre.

## Landsdowne zur Friedensfrage.

### Eine Neutermeldung.

London, 22. Oktober. (Reuter.) Lord Landsdowne erklärte in einem Interview zu der deutschen Note: Die Lage ist kritisch. Wir müssen beifam vorgehen und nicht dem Zufall überlassen. Wilsons Behandlung des Falles war sowohl klug als energisch. Vor allem ist es notwendig, daß keine Konzessionen gemacht werden, die irgendwie die Kraft der überlegenen militärischen Stellung beeinträchtigen würde. Die Stelle über einen Waffenstillstand erscheint mir sowohl verdächtig als dunkel. Keiner wird wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Forderungen zu Bande und zur See durch Notwendigkeiten gerechtfertigt oder beschönigt werden können. Es bleibe abzuwarten, ob die bekannt gegebene Instruktion einen Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben wird, ihre Erneuerung wäre verhängnisvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen. Hinsichtlich der Veränderung der Regierungsform sprach Landsdowne seine Zustimmung zur Rede Lord Winers aus.

## Die deutsche Note in England.

Amsterdam, 22. Oktober. „Central News“ melden aus London: Man ist im britischen Auswärtigen Amt der Ansicht, daß die deutsche Antwort an den Präsidenten Wilson gerichtet ist, der Präsident sich in erster Linie damit zu beschäftigen und darüber zu entscheiden haben wird, ob sie an die assoziierten Regierungen weitergeschickt werden wird. Bis dieses Stadium erreicht wird, ist es unerwünscht, irgend eine amtliche Erklärung abzugeben.

Sofort nach dem Eintreffen des Textes der deutschen Antwort in London hielt das Kabinett eine außerordentliche Sitzung ab. Man betrachtet die Note als eine Angelegenheit, die für den Augenblick technisch nur die Vereinigten Staaten angeht. Den „Central News“ zufolge wird sie als unbefriedigend betrachtet und besteht wenig Zweifel, daß sie mit Bestimmtheit zurückgewiesen wird.

## Die deutsch-englische Gefangenenvereinbarung.

Berlin, 22. Oktober. WTB. Die bereits in der englischen Presse angelegte Antwort der britischen Regierung auf die letzte Forderung der deutschen Regierung zur Frage der Ratifikation der Haager Gefangenenvereinbarung vom 14. Juli 1918 ist nunmehr eingegangen. Die englische Regierung lehnt danach die von der deutschen Regierung geforderten Sicherungen gegen eine englische Mitwirkung bei Internierungs- und Deportationsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in China ab; auch beharrt sie auf den von ihr gemachten Vorschlag zur Änderung der Vereinbarung insoweit, als sie die gegenwärtig in den Niederlanden und der Schweiz internierten Unteroffiziere und Mannschaften von Interseebotsbesatzungen als einsige von der Heimkehrung ausgeschlossen seien, während sie sich mit der Heimkehrförderung der in diesen Ländern internierten Offiziere von Interseebotsbesatzungen einverstanden erklärt. Eine Begründung für diese Unterscheidung, die den von der Entente so oft betonten demokratischen Grundsätzen widerspricht, wird englischerseits nicht gegeben.

## Ausschub der finnischen Thronfrage.

Aus Selvingfors wird der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende bemerkenswerte Meldung übermittelt:

„Suomen Sosialdemokraati“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß bei der finnländischen Regierung ein Telegramm aus Deutschland eingetroffen sei, demzufolge Prinz Friedrich Karl erklärt, daß er vor Ablauf von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreffs Uebernahme der finnischen Krone geben könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Der totgefragte frühere Oberbefehlshaber Nikolai Nikolajewitsch befindet sich laut Moskwa-Meldung wohlbehalten in Kiew.

## Reichstagsentscheid über Krieg und Frieden.

### Ein Antrag der Mehrheitsparteien.

Dem Reichstag ist folgender Antrag der Sozialdemokraten, der Fortschrittler, der Nationalliberalen und des Zentrums zugegangen:

Im Artikel 11 der Reichsverfassung werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich.

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

## Für die Freiheit der polnischen Arbeiter.

### Ein Antrag der Polen.

Mit einer Frage, deren internationale Bedeutung größte Beachtung verdient, beschäftigt sich folgende von den Polen im Reichstag eingebrachte Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Angehörigen der kriegsbesetzten Gebiete, welche infolge der Kriegsverhältnisse als Kriegsgefangene, Zivilgefangene oder als Arbeiter an der Rückkehr in ihre Heimat verhindert werden, sofort die volle Freiheit wiederzugeben.

## Das preussische Abgeordnetenhaus

hat die für Dienstag anberaumte Sitzung auf Mittwoch verlegt. Man beabsichtigt, die Anträge betr. Feuerungszulage, die Anträge zur Wohnungsfrage und den Gesetzentwurf eines Jugendamtes möglichst ohne Debatte an Kommissionen zu verweisen und sich dann zu vertagen, bis die Verfassungsvorlagen vom Herrenhaus zurückkommen. Doch soll der Präsident die Ermächtigung erhalten, nach Bedarf das Haus auch früher einzuberufen, um eventuell zu den anherpolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen.

## Die Stichwahl in Berlin I.

### Die Unabhängigen vor der Entscheidung.

Eine Parole der Unabhängigen zu der am 29. d. M. stattfindenden Stichwahl zwischen dem fortschrittlichen Hausbesitzerkandidaten Kempner und unserem Genossen Heimann ist bis zu dieser Stunde noch nicht bekanntgegeben. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber greift dem Beschluß der Organisation vor und bezeichnet die Annahme des „Vorwärts“, ihre Partei werde in der Stichwahl für den Gen. Heimann eintreten, als „einen Scherz“, auf den ihre Berliner Parteifreunde nicht hineinfließen würden.

Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß die Unabhängigen durch einen negativen Beschluß in der Stichwahlfrage unvergleichlich mehr zu verlieren haben, als wir. Die Sozialdemokratie verliert in diesem Fall, vorausgesetzt, daß nicht bei den Müller-Wählern doch der gesunde Menschenverstand noch obliegt, die Ausficht, ihre Reichstagsfraktion für den jedenfalls nur noch kurzen Rest dieser Legislaturperiode um einen tüchtigen Mann zu verstärken. Die Unabhängigen verlieren aber für diesen Fall — den Rest ihrer Anhänger. Die Begünstigung eines Kapitalistenkandidaten aus purer Lust, der allen Parteien zu Schaden, das machen die Berliner Arbeiter nicht mit, das geht in keinem Proletariatskopf hinein! Die Stichwahlparole für Heimann wäre ein Vorzeichen für die Einigung, die ja doch einmal kommen muß. Die Enthaltungsparole aber wäre auch nur Vorzeichen der Einigung, einer solchen, die sich über die Köpfe der Führer der Unabhängigen hinweg vollziehen müßte!

## Beschleunigung der Hinterbliebenenversorgung.

Zwecks Beschleunigung der Hinterbliebenen-Versorgung ist angedacht worden, daß verheiratete in den Fällen, in denen die Versorgungsämter des Gardelors sowie des I. und XVIII. Armeekorps zuständig sind, die Versorgungsanträge von den amtlichen Fürsorgestellen unmittelbar den genannten Versorgungsämtern übersandt werden sollen, und letztere Rückfragen in direktem Verkehr mit den Fürsorgestellen und den Hinterbliebenen usw. zu erledigen haben.

Soweit es sich um Hinterbliebene von Rentempfängern handelt, haben die Versorgungsämter die Versorgungsämter der Bezirkskommandos heranzuziehen. Die bei den Bezirkskommandos zurzeit vorliegenden Hinterbliebenenanträge sind, soweit eine Prüfung noch nicht eingeleitet ist, ohne Prüfung den betreffenden Versorgungsämtern einzusenden.



# Der Reichstag über Frieden und Freiheit.

108. Sitzung, Dienstag, den 22. Oktober 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Reichskanzler, von Bayern: Groeber, Scheidemann, Hausmann, Eysberg, Trimborn, Graf Noebers, Ezech, Dr. Wolf, Bauer, Giffert, Müllin, Sisco, v. Mann, v. Brettenbach.

Die kleinen Anfragen werden von der Tagesordnung abgelesen. Das Ermächtigungsgesetz für die Heberungsanstalt wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

## Die allgemeine politische Aussprache.

Zur Beratung stehen der Gelegenheitsauftrag über die Stellvertretung des Reichstags und die Vorlage über die Abänderung des Reichstags bei Entsendung über Krieg und Frieden.

### Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Austritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen die Präsidenten Wilsons Gegenfragen, unsere unabweisliche bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort darauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Geiste der Stunde entsprechende Beschränkung aufwerfen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angezogen worden. Die Debatte gibt den Sehenswürdigkeiten der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

### Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Bestimmungsfrieden, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgerufen wird, wie er auch in gleicher Weise bei uns ausgerufen werden möchte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem alle die angeammelten Widersprüche, den Haß und die Rachsucht, auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen können; auf der anderen Seite sind die aufrichtigen Anhänger des Völkervertrages vollständig klar darüber, daß

### der Grundgedanke des neuen Wandels

heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ob irgend eine einzelne Macht oder Mindergruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechts gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die bestmögliche Gewissheit gewinnen, die gegen einander stehen, aber nicht ihr Verhältnis abschließen. Die letzte Rede des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsfriede ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die erhoffte Gewissheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: Entweder darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß seine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum Äußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelte einmüßig. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflös dem Gewaltfrieden zu beugen. (Beifall.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Betrachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. (Sehr richtig!) Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden, die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen:

Wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustandekommt — was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft?

Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Da es in ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Notwendigkeit. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Ausübung mit unseren Gegnern für recht erkannt wird. Eine schwere Heberung führt ein solches und kennzeichnendes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals fremdlich öffnen dürfen. Sondern, die wir als für uns wahrnehmbar anerkennen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Wir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre, warum scheuen denn dann alle die extremen Rechtspolitiker in der Entente das Verhandlungstisch wie der Schuldige das Gericht?

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkervertrag.

Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen.

Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verbarmen wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederankündigung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Dann bleibt ein Gefühl der Vitterkeit, das uns für Generationen lähmen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn diesesurchtbarer Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden

der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.) An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem fähigen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Gebot ist.

Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzuweisen, um alle notwendigen moralischen Ziele für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befreienden Aufgabe.

Ich möchte meine Worte zitieren, die ich am 10. Februar sagte: Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kräftequellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen.

Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkervertrag als eine

### Quelle des Trostes und neuer Kraft

vor Augen stelle, so läusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Mein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufreizen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entscheidende Wende von allen Wegen bedeutet. (Bravo!) Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volkvertretung Rechenschaft schulden bin.

Meine Herren, ich habe Ihnen schon am 5. Oktober die allgemeinen Grundzüge dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundzüge geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen. Die

### Reform des Wahlrechts in Preußen

ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts doch gesichert ist. (Beifall.) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzesentwürfe vor, die die neue Regierungswelt von den Verfassungsbeschränkungen befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichsmandat zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Dieser konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort bestimmen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als Führungsweg wertvoller bisher bestehender Kräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg gedorener Führer aus allen freien Berufen wird dadurch nur verstärkt. Im Zusammenhang hiermit haben die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die

### Einführung eines Staatsgerichtshofes

zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Verfassung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig!) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Verantwortung der deutschen Regierungswelt auch durch eine Ausrückung des öffentlichen Rechtes befestigt und vergrößert wird, und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo!) Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsständen zur natürlichen Folge gehabt. Die

### Ung.-Vorbringen

hat ein Kaiser übernommen, ein Kaiser ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Öffentlichkeit vorlegen wird. Der zweite Entwurf, der die Aenderung des Artikel 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volkvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei der Frage von Krieg und Frieden ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Beifall.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Völkern. Die Würdigkeit würde verfehlt werden, wenn auch die Einverständnisbestimmung unterworfen würden. Auch zu einer solchen Entscheidung der Volksworte wird die Reichsregierung gern die Hand bieten, wenn der Völkervertrag praktische Gestalt gewinnt. Solange darüber noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Nachteil geraten. Hat aber der Völkervertrag als gezeichnet und Sonderabstände und vertraglichen Abreden befreit, so wird der Artikel 11 auch in dieser Richtung ausgebaut werden können.

Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der Staatsbürgerfreiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird uns der Frieden bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgedehnt werden, der für die Ausführung des Reichstags verantwortlich ist. Unbillige Härten sollen dadurch vermieden werden. Die Anordnung seiner Majestät des Kaisers, die ich am 5. Oktober ankündigte, ist in gewissem Umfang und unsatz nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete

### der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens

und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern sie erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit der bürgerlichen Gewalt auch auf den Arbeitsbereich der Wirtschaft und Sozialpolitik. Einzig sich der lokale Militärbefehlshaber nicht mit der zivilen Verwaltungsbeförderung, so ist unverzüglich die Entscheidung des Ober-Militärbefehlshabers einzuziehen und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch einen Vertreter zugestimmt habe. Als mein Vertreter hierfür ist der Staatssekretär Groeber in Aussicht genommen. Da der Ober-Militärbefehlshaber außerdem die Befugnis erlangt hat, mit meiner Zustimmung allgemeine Grundzüge festzulegen, so ist dafür gesorgt, daß der Kriegszustand in dem Geiste gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe.

### Abg. Herold (S.):

Namens meiner politischen Freunde erkläre ich unsere Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers über unsere innerpolitische Entwicklung und zu den Friedensbestrebungen. Ein neues Deutschland mit freierer Verfassung ist entstanden. Aber der verschiedenen Parteien, Männer aus den verschiedensten Berufsständen, werden in gemeinsamer Arbeit mit den ausführenden Regierungsgewalten eine grundlegende Tätigkeit ausüben. Erfolgreich wird dies dadurch, daß nunmehr im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ge-

Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Verantwortung von Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen besonders im Zusammenhang mit Arbeitsverstellungen, Strafenkündigungen und ähnlicher Vorfälle verurteilt worden sind. Eine

### weltgehende Antwort

für diese Verurteilungen ist vom Kaiser bei sämtlichen Bundesregierungen angeregt worden und in der Ausführung begriffen. (Beifall.) Bis heute haben Vertreter in großer Zahl ihre Freiheit schon wieder gewonnen. (Beifall.) Wäre dem von ihnen könnte die Regierung erst nach Ueberwindung erster ausländischer Sorgen die Freiheit wiedergeben, aber die Heberzeugung von der Heiligkeit einer Politik des Vertrauens hat den Ausschlag gegeben. (Beifall.)

Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich ausgeführt habe, haben alle verfassungsmäßigen Anstalten einmütig zugestimmt. Sie haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen neuen Regierungsform gestellt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, den Vorlagen aus Interesse zustimmen, so wird die Volksgewalt fest in den Reichsgeleisen verankert werden. Ich weiß, daß ein Rückblick auf die politische Krise der denkwürdigen drei Oktoberwochen sehr verschiedene Stimmungen bei Ihnen auslöst. Dem einen wird es als der ungesunde und unbedenkenlose Lauf auf der tiefsten Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als das Ärgernis der Lasten nach neuen Staatsformen. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden, das ist das Recht und die Aufgabe jeder Opposition, die wir auch unter der neuen Regierung nicht unterbreiten können. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages aber stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als auch in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Beifall.) Wir und meinen Mitarbeitern steht dieses Ziel als Leitstern unerschütterlich vor Augen. Gewiß, die einzelnen Mitglieder der Regierung können ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus, aber sie verfolgen dieses gemeinsame Ziel mit derselben Treue und deshalb haben sich unsere Wege auch immer nicht einander pendelt.

### Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten.

(Beifall.) Unser Volk sollte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner polnisch reifen Nachbarn beneidet hat. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war von jeher in jeder Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. (Sehr richtig!) Das Reichswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt und der Reichstag, der so frei gewählt war, kein politisches Mittel der Subjektivierung. Aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Wer eine Weile geschaut erhält, ist noch kein Meister des Gegenstands, er muß seine Kräfte erst üben. Auch das deutsche Volk hat sein Instrument nicht immer mit voller Kraft zu spielen verstanden, weil es die Möglichkeit der eingesetzten Gewalt nicht gern wahrhaben ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelaktionen außerhalb der Politik. Nicht die Wähler der eingesetzten Gewalt, sondern dem

### Mangel an politischem Willen

verdankt das deutsche Volk, daß es so lange als der Christkönig politisch. (Sehr richtig!) Seit dem Juli 1917 reiste der Reichstag zum politischen Verantwortung und Ende September 1918 kam er zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Entscheidungskampf seine Kräfte erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems. Wirklich hierfür ist die entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen dieses Krieges, nach all den großen Taten und den großen Opfern unauflöslich geworden war. (Sehr richtig.) b. d. Wehrheit.) Darin liegt eine bessere und realere Gewissheit, als in irgendwelchen Gesetzesparagrafen, und darin liegt die Wurzel und die Kraft der neuen Regierung. Hieraus ergibt sich für mich eine klare Markierung für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen nicht um des Wohlwollens willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Ueberzeugung steht und die nicht der Ausdruck unserer Einsicht sind. (Sehr richtig!)

Kann man dem neuen System diesen wichtigen Charakter, so nimmt man ihm dem Stempel der Unwiderrücklichkeit, ohne die dieses neue System, das jetzt seine erste Probe ablegt, aber nicht bestehen kann.

Der gewaltige Ruf, den Sie heute in schwerer Zeit an die Deutschen richtet, ergeht auch an uns. „Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur Ihr lösen könnt, denn jedes Volk hat Aufgaben, die ihm vor anderen gestellt sind.“ Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes, die nur die neue Freiheit heben kann. Die Stunden im Leben der Deutschen, die als die Zeiten der größten Niederlagen erschienen, sind noch immer die Gedächtnisstunden neuer Weisheitskräfte geworden. Um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. Vor den Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Kämpfern, die sich gegen eine Uebermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen. (Beifall.) Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unserm Volk an die Ehre zu greifen. (Lauter Beifall.)

Schlimme Einzelheiten und Maßnahmen hat es in jeder Armee gegeben, gerade der Geist des Soldaten ist es, der sie ab. Als die Worte gesprochen wurden, daß der Geist des Soldaten Kreuzes gerade so gut zu einem rechten Heer gehört, wie der Offensteg, dem überwältigenden Zustimmung aus den Kreisen der Armee und es kamen Befehlungen von arabischen Soldaten aus feindlichen Ländern, die gegen Deutsche gekämpft hatten. Unsere Soldaten haben es heute fürchterlich schwer. Sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat, sie kämpfen mit den Gedanken an den Frieden, aber sie halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: die Heimat läßt Euch nicht im Stich, was nur ein Volk Euch geben kann, das soll Euch werden. (Stürmischer Beifall.)

### Abg. Herold (S.):

Namens meiner politischen Freunde erkläre ich unsere Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers über unsere innerpolitische Entwicklung und zu den Friedensbestrebungen. Ein neues Deutschland mit freierer Verfassung ist entstanden. Aber der verschiedenen Parteien, Männer aus den verschiedensten Berufsständen, werden in gemeinsamer Arbeit mit den ausführenden Regierungsgewalten eine grundlegende Tätigkeit ausüben. Erfolgreich wird dies dadurch, daß nunmehr im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ge-



fiert ist, und zwar ohne jede Erschütterung, durch seine An- nahme mit überwältigender Majorität.

Der Aufhebung des Artikels 11, Abs. 2 der Reichsverfassung werden wir unsere Zustimmung geben, um die Schwierigkeiten des Eintritts von Parlamentariern in die Regierung zu vermindern. Den Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 der Verfassung halten wir nicht für ausreichend. In jedem Kriege, als der wichtigsten Entscheidung, die ein Volk zu treffen hat, halten wir die Zustimmung des Reichstages für erforderlich. Wir werden daher für einen entsprechenden Abänderungsantrag stimmen. Ferner verlangen wir, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers seiner Aufgabe gemäß gesetzlich sichergestellt wird. Der Friedensschritt unserer Regierung beim Präsidenten Wilson und ebenso die letzte Erklärung vom vorgestrigen Tag findet unsere Zustimmung. Aber mit aller Entschiedenheit müssen wir festhalten, daß die Verletzungen von Nordfrankreich und Flandern zum größten Teil durch die Beschließung seitens der Feinde erfolgten. Eine Verfallung der Einkünfte findet nicht statt. Vielmehr versuchen die Einwohner in Rußland den Schrecken des Krieges zu entgehen. Den Vorwurf unmenschlicher Handlungen und unklarer Verbrechen weisen wir mit Entschiedenheit zurück. (Bravo!) Friedenssehnsucht erfüllt alle Völker. Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Friedensfrieden erklärt und das größte Entgegenkommen bewiesen. Aber die Zukunft Deutschlands muß gesichert werden. Wenn es nötig ist, muß der letzte Mann zur Rettung des Vaterlandes aufgerufen werden. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. (Bravo!)

**Hg. Wert (Soz.):**

„Derzliche Zeiten“ sind es wahrhaftig nicht, wenn wir entgegengefahren worden sind. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Eine nützliche Prüfung der tatsächlichen und politischen Lage mußte die neue Regierung dazu führen, das Wesen und Wesenstendenzen und Frieden abzuleiten. Nur durch demokratische Verlogenheit kann behaupten, daß die Demokratie durch Preisgabe deutschen Landes oder auf Kosten der Interessen des deutschen Volkes zur Macht gelangt sei. Tatsächlich mußte sie die Macht ergreifen, weil nur sie noch imstande war, Deutschland zu retten. (Lebh. Zustimmung links.) Unser Ersuchen an den Präsidenten Wilson hat die Zustimmung aller zur Mitwirkung bewußten Instanzen gefunden. (Hört! hört!) Auch meine politischen Freunde billigen diesen Schritt und ebenso die Antworten der Regierung, auch die auf die Gegenfragen des Präsidenten Wilson. Unsere neue Regierung hat sich an den Präsidenten Wilson gewandt, weil er sich noch am 27. September zum

**Prinzip des Friedens unparteilicher Gerechtigkeit**

bekannt hat, der unabhängig sein sollte von jeder militärischen Lage. Auch in früheren Vorkriegen hat der Präsident sich zur gleichen Besinnung bekant. So hat er am 23. Januar 1917 erklärt, daß die Gleichheit der Völker auch hier im Frieden begründet sein muß, wenn er Dauer haben soll, in der Gleichheit der Rechte. Nur ein Frieden zwischen Gleichgestellten kann Dauer haben, nur ein Frieden, dessen oberster Grund die gemeinsame Teilnahme an gemeinsamen Wohlstand ist. Unablässig hat Präsident Wilson die Absicht von sich abgewiesen, auf Demütigung und Vernichtung des Gegners auszugehen. Recht hat der Präsident die Gelegenheit, sich durch die Tat als der großartigste Idealist und rechtschaffenste Mann zu erweisen, der dem Gemisch Einhalt gebietet und die Grundlinien zum Dauerfrieden und zum Wohlstand legt. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Will der Präsident diesen Grundsätzen treu bleiben, so darf er freilich nicht auf die Stimmen derer hören, die trunken von Siegesübermut schon das Vornehmste des Augenblicks kosten, in dem sie dem niedrigeren Gegner den Fuß in den Nacken legen können. Darüber haben wir uns nicht getraut, daß die englischen und französischen Imperialisten und Chauvinisten den Prinzipien Wilsons wohl gelegentlich mit dem Munde, aber nie mit dem Herzen zustimmen haben. (Wohlhabend sehr wahr!) Wäre Präsident Wilson deshalb jetzt die Stimme eines Danderson und eines Bonaventura, die dringend zu einem Frieden rufen, der keinen Ruhmgeist und keinen Mordwunsch zurückläßt. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Im Bewußtsein unseres guten Rechts und unserer noch lange nicht erschöpften Widerstandskraft ist die deutsche Regierung bemüht, die Steine aus dem Wege zu räumen, die den Zugang zum Frieden versperren. Sie hat die Räumung der besetzten Gebiete angefangen, aber in geordneter Weise kann sie nur vor sich gehen, wenn eine Wasserwaage eintritt. Das tief erregende Glied der ungeschwundenen Willensbildung im Kampfgebiet, das wir mit dem Präsidenten Wilson befragen, wäre damit sofort behoben. (Sehr wahr!) Wir begrüßen es, daß die Oberste Heeresleitung strengsten Befehl gegeben hat, die Verhörungen beim Rückzug auf die rein militärischen Anlagen zu beschränken. Sollten individuelle Willensänderungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen sein, müssen sie auf das strengste bestraft werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Den unbeschränkten U-Vot-Artikel haben wir Sozialdemokraten immer bekämpft. Alle damit verbundenen wirtschaftlichen Berechnungen haben wir verworfen und von seinen politischen Wirkungen Unheil für Deutschland vorhergesagt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir hätten gewünscht, daß die Regierung in diesem Augenblick

**auf die Waffe des U-Vot-Krieges großzügig Verzicht geleistet**

hätte. (Zuruf rechts: Hat sie!) Der Befehl an die Unterseebootkommandanten bezogt ebenfalls den Entschluß der Regierung, dem Standpunkt des Präsidenten Wilson gerecht zu werden und den Habsburgern, der schon zu lange die kriegsführenden Völker trennt. (Lebh. Sehr richtig! links.)

Präsident Wilson hat die Herabsetzung jeder militärischen Macht verlangt, die für sich, geheim und willkürlich, den Frieden der Welt stören kann. Das ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Schon im Jahre 1903 anfänglich des „Daily Telegraph“ Interviews haben wir hierüber genau formulierte Anträge eingebracht, die jetzt endlich — leider viel zu spät — zur Annahme gelangten. So sehr es zu bedauern ist, daß die Demokratie in Deutschland erst zur Durchführung gelangt, nachdem der militärische Vorteil sich auf Seiten der Gegner gezeigt hat, so gewiß entschließt sie doch der eigenen Initiative unseres Volkes und ist in seiner eigenen Bestimmung fest verwurzelt. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Niemand in der Welt braucht daran zu zweifeln, daß sich unser Volk sein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr entziehen lassen wird. Aber sein Selbstbestimmungsrecht kann ein Volk nur dann wahrnehmen, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung noch außen hin ebenso bedacht ist wie nach innen. (Lebh. Zustimmung.) In diesem Sinne beanspruchen wir für das deutsche Volk das gleiche Recht, das wir allen anderen Völkern zugesprochen und das wir ihnen — ich sage es offen — nie hätten vorenthalten dürfen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Am 5. Oktober hat sich im Deutschen Reichstag eine neue Regierung vorgestellt, die ihre Entstehung von der Zustimmung des Reichstages, von der Billigung der weitesten Volkstheile und insbesondere von der Billigung der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft abhängig macht. Das ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands — das ist

**der Gehirnschlag der deutschen Demokratie.**

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung des Vertrauens — das will sie sein — leidet gegenüber dem früheren Spott auf die Politik der Oasenheide, gegenüber dem alten System der feudalen Volksvertretung, eine neue innerpolitische Epoche ein. (Lebhafte Zustimmung links.) Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden: es will frei sein und es wird frei sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Sozialdemokratie war von jeher der Heberzeugung, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht dauernd von einer dünnen privilegierten Oberschicht, von kleinen

Gruppen auf Grund erblicher Vorrechte regiert werden könne. Eine Fortsetzung dieser Politik ist unmöglich; gerade sie war für Deutschland verhängnisvoll. (Lebhafte Zustimmung links.) In dieser Zeit der schwersten Prüfung muß Deutschland alle Volkskräfte mobil machen und für sich gewinnen, wenn es nicht untergehen will. Wer jetzt noch der Demokratie in Deutschland Widerstand leistet, vergeht sich nicht nur an den Menschenrechten unseres Volkes, sondern auch an der Sicherheit unseres Landes. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Kreise, die bisher in Deutschland die Alleinherrschaft hatten,

das bürokratisierte Junkertum und die verjüngerte Bürokratie (Gelehrte und Sehr gut!), haben endgültig ausgespielt. Für unser Volk und Reich ist die Demokratisierung eine Lebensnotwendigkeit geworden. Hier gilt das alte Wort: Wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen starr bleiben, kommen die Revolutionen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die bestehenden Klassen sollten froh sein, wenn der deutsche Volkswille sich im Wege friedlicher politischer Reform entwickelt. (Lebhafte Zustimmung links.) Sünden Sie nach Rußland und seien Sie gewarnt.

Der 5. Oktober bedeutet also ein Systemwechsel von großer Tragweite, den Übergang zu einem neuen Staatswesen, in dem das Volk durch seine frei gewählten Vertreter sich seine Zukunft gestaltet. Natürlich ist, was bisher geschah, nur der Anfang eines Uebertrags. Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst dann gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und der Klassengegensatz aufgehoben ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber heute handelt es sich zunächst darum, im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung

**den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt im Reich**

zu erheben. Dazu bedarf es auf der Stelle durchgreifender Änderungen unserer Reichsverfassung. Der Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 geht uns längst nicht weit genug.

Wir müssen verlangen, daß das Reich Krieg zu erklären ohne Einschränkung und ohne Ausnahme in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk ist es, das dabei seine Haut zu Markte tragen muß. (Sehr richtig!) Die Vorlage betreffend den Artikel 11 der Verfassung steht auch vor, daß Friedensverträge ebenso wie Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, der Zustimmung des Reichstages bedürfen. Wir sind Gegner von Geheimverträgen, wie sie in der Vorgeschichte des Krieges eine so verderbliche Rolle gespielt haben. (Sehr wahr!) Deshalb erwarten wir von der Reichsregierung, falls wir zu einer Völkerrechts-Liga kommen sollten, daß sie sich rückhaltlos gegen Geheimverträge und Sonderverträge erklärt. (Sehr richtig!) Ferner muß unsere Erwähnung auch im Grundgesetz des Reiches die jetzt zum Durchbruch kommende parlamentarische Regierungsform in aller Form unwiderruflich festgelegt werden. (Sehr richtig!) Es muß dabei zum Ausdruck kommen, daß der Reichskanzler nur mit Zustimmung des Reichstages ernannt werden kann und sein Amt niederzulegen hat, wenn der Reichstag es fordert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Erst dann ist für die Zukunft die parlamentarische Regierungsform gesichert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das vom Reichskanzler heute angeforderte Ministerverantwortlichkeitsgesetz begrüßen wir. Es muß darin aber dem Reichstag die Möglichkeit gegeben werden, den Reichskanzler oder seine verantwortlichen Minister vor einem Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sicherstellung der Demokratie erfordert aber bringend weitergehende Verfassungsbänderungen.

**Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staat sein.**

(Lebhafte Zustimmung.) Das Militärkabinett muß seiner Machtbefugnisse entleert und in jeder Hinsicht dem verantwortlichen Kriegsminister unterstellt werden. (Sehr richtig!) Die Ernennung oder Verabschiedung der Offiziere und der Beamten darf nur unter Gegenzeichnung der Minister erfolgen, die dem Parlament verantwortlich sind. Verhängnisvoll und völlig unheilbar ist die ganze absolutistische Stellung des großen Generalstabs, der verfassungsmäßig weder dem Reichskanzler noch dem Reichstag verantwortlich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Täuschen wir uns nicht: für das persönliche Regiment für die Politik der gepanzerten Faust ist kein Raum mehr im deutschen Land. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verfechtung und alles was darauf aufgebaut ist, muß der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Reichstages unterstellt werden. Soll die neue Demokratie nicht Ruine und Dekoration bleiben, so kann als Kontrollgewalt nur ein Wille herrschen: das ist die vom höchsten Vertrauen getragene Volksregierung. (Sehr richtig!) Wir erwarten die heute angeforderte Vorlage über die Ministerverantwortlichkeit unbedinglich und werden dann die von mir angeforderten weitergehenden Änderungen der Verfassung in entsprechenden Anträgen unterbreiten. Nur die Freiheit kann die Wunden heilen, die uns der Krieg geschlagen hat, nur ehrliche lauffähige Regierung für das Volk und durch das Volk kann uns den Frieden zurückbringen.

Deutschlands gewaltige wirtschaftliche Entwicklung lag offen vor den Augen aller Welt. Nimm der größte Feind verlangte unseren technischen und geistigen Leistungen die Anerkennung. Aber auch Deutschlands beste Freunde haben nicht verstanden, wie wir trotzdem in der politischen Entwicklung sowohl zurück als bleiben konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens das uns die ganze Welt entgegengebracht hat. (Sehr wahr!) Es heute endlich zu überwinden, ist das Gebot der Stunde. (Sehr wahr!) Engländer, Polier, feinstes Edelkraut und provokierender Anstößler haben Maß und Verstand über und gebracht. (Sehr wahr!) Spätestens als wir im Kriege der feindlichen Mißtrauensgegenüberstanden, hätten wir aus freier Entschiedenheit den feindlichen Kriegshörnern das wirksame Propagandamittel der deutschen Unfreiheit entziehen müssen. Nun duldet die Not keinen Tuschel mehr:

**Deutschland muß frei werden oder untergehen.**

Dem alten Preußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung“ die Sterbende gekündigt. Aber es ist nur die konservative Parteiherrschaft in Preußen, die untergeht. (Sehr wahr!) Das wahre Preußen des preussischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben. (Sehr richtig!) Seit anderthalb Jahrzehnten führt das arbeitende Volk draußen einen ununterbrochenen Kampf um seine politische Gleichberechtigung. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Preußen festerlich die Abschaffung der Klassenvorrechte im Volkrecht angeündigt hat. Verantwortlich haben sich die bisher Bevormundeten gemacht. Große politische und moralische Werte sind damit verwirrt, dem Reiche ist schwerer Schaden zugefügt worden. (Sehr wahr.) Wo war denn die von den Konservativen so laut gerühmte Staatstreue und Vaterlandsliebe, als der Weltkrieg auf seinem Höhepunkt die Entsehung aller Volkskräfte verlangte? Lieber haben sie das Reich und Preußen in die größten Gefahren gestürzt, ehe sie dem Volke gütwillig seine Rechte gaben. Das Wort des Herrn Oldenburg: Wenn in Preußen das Wahlrecht eingeführt wird, wie es vorliegt, dann haben wir den Reien verloren,“ soll den Konservativen nie vergessen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt endlich im letzten Augenblick hat die konservative Partei das gleiche Wahlrecht als Gebot nationaler Notwendigkeit anerkannt. Zu spät, um das Urteil über sich zu mildern, daß sie ihre Vorrechte höher stellte als die Not des Landes. (Sehr wahr!) Der Reichskanzler hat erklärt, das gleiche Wahlrecht in Preußen sei gesichert, es solle schnellstens und reiflich durchgeführt werden. Wir warnen auf das allerdringendste, in Rücksicht auf Formalvorschriften die

Durchführung noch auf Monate hinauszu schieben. Es ist allerhöchste Zeit, daß in Preußen

**das Klassenparlament dem Volkparlament Platz macht.**

(Lebhafte Zustimmung links.) Wenn irgendwo, so ist hier Eile geboten. Schnellstens muß in Preußen die Einheit zwischen Volk und Staat hergestellt werden. Nur dann kann Preußen leben und seine führende Stelle im Reich zurückgewinnen.

Von der Einheitslosigkeit und dem Eigennutz der herrschenden Klasse, die sich im Kriege schonungslos entblüht haben, hebt sich um so kräftiger die glänzende Lichtseite ab, die in diesem Kriege die deutschen Volksmassen auf allen Gebieten bewiesen haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskraft und moralische Stärke gezeigt, wie niemals ein anderes Volk der Welt. Kein Wort der Anerkennung, nicht einmal irgendeine Tat unserer Dankbarkeit reicht hin, um unsere Soldaten zu loben, die besonders in den letzten Monaten Unvergleichliches ertragen und geleistet haben. (Lebh. Bravo!) Diesem Volke kann das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verweigert werden. Das ist in Preußen ebenso unumgänglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und den anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr!) Auch wir achten den föderativen Charakter des Reiches und das Selbstverwaltungsrecht seiner einzelnen Volkstämme. Wir wollen aber, daß diese Volkstämme ihre Schicksal selbst entscheiden können. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die aus rücksichtlosen Feindüberwägungen hervorgegangenen Landesvertretungen weder gewillt noch fähig sind, die notwendigen Reformen durchzuführen. Deshalb müssen wir nachdrücklich fordern, daß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege der Reichsgesetzgebung durchgeführt wird. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Elb-Lothringen soll jetzt ungeschminkt die von seinem Landtage geforderte volle Autonomie erhalten. Aber wieviel klüger wäre es gewesen, den Elb-Lothringern ihr Recht längst zu geben. (Sehr wahr!) Keine Partei und andere haben vor und während des Krieges wahrlich oft genug darauf gedrängt. Im vorigen Jahre hat sich endlich die Reichsregierung dazu bereit erklärt. Aber offenbar hat auch hier

**die unheilvolle Militärpolitik**

hemmend eingegriffen, die so ungeheuer schwer an Elb-Lothringen gesündigt hat. (Sehr wahr!) In dieser Schwäche gegen die Militärpolitik liegt der Kardinalfehler unserer bisherigen Politik. (Lebh. Zustimmung.) Man hat nicht nur die Militärpolitik geistlich in der Hand gehalten, sondern hat mit ihr auch vielfach entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Wozu braucht die Oberste Heeresleitung politische Institutionen, deren Tätigkeit auf Gebieten liegt, für die verfassungsmäßig allein die Reichsleitung verantwortlich ist? Darf ein Kriegspresseamt sich zum Herrscher über Inhalt und Tendenz aller deutschen Zeitungen aufwerfen wollen? Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politik des Reiches gegenüber fremden Staaten durchkreuzen? Weshalb ungeheuerlichen Schanden hat die Militärpolitik in den östlichen Bundesstaaten angerichtet. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir müssen sofortige radikale Abkehr von diesem für Deutschland verhängnisvollen System fordern. (Sehr gut!) Jeder Versuch einer militärischen Nebenregierung muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Lebh. Zustimmung.)

Der Geist militärischer Ueberhebung und Bevormundung hat auch bei der Handhabung des Belagerungszustandes zu unsäglich trüben Erfahrungen geführt. Hier hat sich ein Zustand trübseliger Willkür und Diktatur herausgebildet, der geistig und politisch geradezu verwüsten wirken mußte. (Sehr wahr!) Die zahllosen Debatten darüber in diesem Hause haben sich zu einem Elend ohne Ende ausgewachsen, ohne irgendeine Besserung herbeizuführen. Das wirksame Mittel dagegen ist die Beschränkung des Belagerungszustandes auf die tatsächlich von Feinde bebrochenen Gebiete. Wir haben stets die Aufhebung des Belagerungszustandes im Innern des Reiches gefordert und bitten auch heute daran fest. Gewiß ergeben sich daraus eine Reihe technischer Schwierigkeiten. Aber deshalb darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden. Jedenfalls muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit durchgeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Den vom Reichskanzler erwähnten Erlaß, wonach der Oberbefehlshaber alle seine Anordnungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler zu treffen hat, begrüßen wir. Das ist aber nicht genug. Das Belagerungszustandsgesetz muß geändert werden. Der Einfluß des Militärs muß auf die rein strategischen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt werden. Es erregt den größten Unwillen im Lande, daß noch immer kellerberende kommandierende Generale im Amt sind, die sich bei Ausführung des Belagerungszustandes wie Tölpelgebilde gebürden. (Sehr wahr!) Hier muß endlich gründlich Wandel geschaffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Zugleich muß aber den bisherigen Opfern des Belagerungszustandes Gerechtigkeit widerfahren. So erfreulich es ist, daß die erste Maßnahme der Regierung die Durchsetzung der Amnestie war, so müssen wir doch verlangen, daß die Amnestie vollständig und reiflich ist. (Sehr richtig!) Sie muß den Verurteilten der ordentlichen Militärgerichte ebenso zugute kommen, wie denen der Zivilgerichte und der außerordentlichen Militärgerichte. Ich kann ersichtlichweise auf den Teil meiner Rede der den Fall Viehmann behandeln sollte, verzichten, weil ich inzwischen erfahren habe, daß

**Lieblichkeit bereits in Freiheit gesetzt**

ist. (Bravo!) Aber ich muß doch hinweisen auf die unglücklichen Matrosen, die wegen Unbesonnenheiten zu schweren Strafen verurteilt worden sind. Auch ihnen muß die Amnestie gerecht werden. (Sehr wahr!) Die natürliche Rolle der Amnestie muß auch sein, daß die Verurteilten in den besetzten Gebieten in sie eingeschlossen werden, und daß den immer noch an ihrem Lande verbannten Elb-Lothringern baldigste Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht wird. (Bravo!) So sind in Litauen wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verbreitung unrichtiger Nachrichten vom Feldgericht des Generalkommandos eine Anzahl Personen teilweise bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört! hört!) Solch grausame Urteile müssen in der ganzen gestrichelten Welt einen Schrei der Entrüstung auslösen und müssen den deutschen Namen aus schwerer Schandenspalte. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Bei dieser Gelegenheit wende ich auch auf die fürzlich aus Helsinki gemeldete schwere Verurteilung sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Finnland hin. Solch sollen zum Tode, andere zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt sein. Das sind brutale Massenurteile. Gewiß sind wir in Finnland nicht entscheidend, aber wir haben Einfluß dort. Deshalb richte ich namens meiner Freunde an die Regierung das dringende Ersuchen, soweit möglich sich entscheiden darf einzusehen, daß diese entsetzlichen Urteile nicht vollstreckt werden. Soviel von den dringenden Aufgaben des Augenblicks. Zu einem vollständigen Programm der nächsten Aufgaben fehlt noch viel. Die während des Krieges vorgenommenen Reform der Wahlkreisanzahl zur Reichstagswahl war nur eine Abschlagszahlung. Nur das allgemeine, im ganzen Reich durchgeführte Verhältniswahlrecht kann die Basis einer wirklichen Volksvertretung werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der heutige Zustand verleiht das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig!) Auch unsere Frauen dürfen nicht länger politisch rechtlos sein. Unsere ganze Verwaltung von oben bis unten, Staatsverwaltung wie Selbstverwaltung, müssen auf neue Grundlagen gestellt werden. Der alte Junkergeist muß überall ausgeräumt werden, soll das neue Deutschland Wirklichkeit werden. Aber auch die wirtschaftliche Not unseres Volkes stellt an uns große



Anforderungen. Charakteristisch ist, daß in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes der Bund der Landwirte in einem Aufruf die Organisation unserer Volksernährung als sozialdemokratische Zwangswirtschaft zu diskreditieren sucht. Täusche man sich nicht über die Stimmung des Volkes. Eine wirtschaftliche Sabotage der Volksernährung mühte zur Katastrophe führen auch für die Landwirtschaft. Die Not des Volkes erfordert die schärfste Erfassung aller Nahrungsprodukte und da ist vor allem beim frühlichen Großgrundbesitz viel nachzuzuholen. Der schwingende Schleichhandel ist der beste Beweis, wie mangelhaft die Erzeugnisse für die öffentliche Bewirtschaftung erfasst werden.

Man hat uns zum Vortour gemacht, wir hätten in unserem Mandatsprogramm die Sozialpolitik vergessen. Es steht noch unendlich viel anderes nicht darin, was auch unbedingt in ein Aktionsprogramm hineingeht. Aber wir mühten uns mit dem bezügelten, was heute und morgen gehen werden kann und unbedingt durchgeführt werden muß. Sozialpolitik im Kriege ist an sich ein trauriges Kapitel. Jeder Tag stellt neue und andere Aufgaben. Jetzt, wo wir die Friedensarbeit in Fluß gebracht haben, drängen uns die Verhältnisse die

#### ungeheuersten sozialpolitischen Aufgaben

auf: Demobilisation der Riesenarmeen draußen, der arbeitenden Frauenheere drinnen, die Beschaffung von Arbeit und Brot für die heimkehrenden Soldaten und die Arbeiter der Kriegswirtschaft, die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf die schon halb verpesserte Friedensarbeit, die Wiederanknüpfung des Weltverkehrs und Welt Handels, die Wiederherstellung des Arbeiterkampfes. Hier stehen wir vor fundamentalen Aufgaben unseres künftigen Lebens. So blind und kurzichtig sind wir wahrhaftig nicht, daß wir bei Aufstellung unseres Programms an nichts von alledem gedacht hätten. Die Schaffung des Reichsarbeiterrates beweist das Gegenteil. Der ist nie im Herzen Sozialdemokrat gewesen, der glaubt, daß wir die sozialen Nöte der breiten Volksmassen auch nur eine Stunde lang vergessen könnten. Die Wunderfrage der augenblicklichen drückendsten Not ist der Krieg. Da mußte manches andere im Augenblick zurücktreten hinter die Riesenaufgabe der Beendigung des gräßlichen Krieges.

Einen ehrlichen dauernden Frieden für die gesamte Menschheit hat die neue Regierung als Hauptinhalt ihres Programms bezeichnet. Das war der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an. Seit dem 4. August 1914 gab es für uns nur ein Kriegsziel: die Wiedererlangung des Friedens unter Sicherung unserer Lebensnotwendigkeiten und ebenso ehrliche Wahrung der Lebensbedürfnisse der anderen Völker. Die beiden Parteien haben dieser Politik des Verständigungswillens und Friedensstrebens stets volles Verstandnis entgegengebracht. Darum hat uns innerpolitisch und nach außen hin nichts so ungeheuer geschadet wie der mit allen Mitteln geführte Kampf unserer Sozialdemokraten. (Sehr wahr bei den Soz.) Schwähungen schlimmer Art haben sie auf jeden gebaut, der die eigenen Volksgenossen über den Wahnsinn dieser Politik belehrte. Selbst jetzt, wo der Gang der Ereignisse über diese Weltverwicklungen für Tonerbennung übergegangen ist, ist ihr letztes Lebenszeichen auf Verklüftung des Volkes ersichtl. Kammergeschäften, Wiesmorder und Plommeder, Unglücksdraben und quackende Unken nennt der Aufruf der freikonserватiven Partei die Männer, die jetzt ihr Bestes einsehen zur Rettung unseres Volkes aus dem Inferno, in das es die Genozidpolitik geführt haben. Der Tag der Abrechnung mit ihnen kommt, ein unerlöschliches Volksgerecht wird über sie hereinbrechen. Die alldeutschen Scharnier und ihre Hintermänner, die jetzt im Lande die Rebellion organisieren, spielen mit dem Feuer. Ihre Zeit ist ebenfalls vorbei, ihre Politik ist gekrankelt für alle Zeiten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie hat im Krieg nie ein taugliches Mittel zur Austragung von Völkerrreit erblickt. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege ist eine alte Programmforderung der deutschen Sozialdemokratie, heute ist sie zum Gemeingut aller Völker geworden, alle Völker verlangen die Einigung gegen die Wiederkehr der Kriegsfurie. Das Völkerrreit muß in einem

#### alle Völker umfassenden Bund

fest verankert werden, der seine gemeinsamen Maßnahmen gegen den richtet, der ohne Anrufung des Schiedsgerichtes zum Schwerte greift. Sand in Hand damit muß eine allseitige und immer vollständige Abrüstung durchgeführt werden, sonst brechen die Völker unter der doppelten Last der Kriegsschulden und der Rüstungen zusammen.

Die Sozialdemokratie hat Vertreter in die neue Reichsleitung geschickt. Entscheidend für diesen nicht leichten Entschluß war die Not unseres Landes. Gelangt es den Herrschenden der feindlichen Länder, uns einen bedingungslosen Frieden aufzunötigen, werden unsere wirtschaftlichen Lebenskräfte vergeblich, unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten unterbunden, dann wird die Arbeiterklasse schwer getroffen. Werden wir wieder in den Zustand zurückgeworfen, der jährlich Hunderttausende von Arbeitern zur Auswanderung zwingt, dann würde dem deutschen Arbeiter in der Fremde das Los des Russen drohen. Die apertvoll erklämpften wirtschaftlichen und sozialen Erwerbsbedingungen der deutschen Arbeiter würden gefährdet. Der Kampf für den sozialen Aufstieg um Jahrzehnte zurückgeworfen. Deshalb befehlen wir uns zur Politik der Landesverteidigung, heute wie am 4. August 1914, gegen unser Volk und seiner Zukunft. Nach unserem Willen soll es

#### nicht zum Verzweiflungskampf

kommen. Die erste deutsche Reichsregierung, in der Sozialdemokraten sitzen, soll eine Friedensregierung sein. Gewiß wäre es für uns bequemer, draußen zu sitzen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. Aber in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und nicht zuletzt vor der Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten. Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil es keine um das ganze Volk, um seine Zukunft, um sein oder Nichtsein geht. Wir wissen, was wir mit unserem Schritt gewagt haben. Bedingt es uns aber, die Schauer des Krieges auch nur um einige Tage zu verzögern und dadurch Heilmöglichkeiten das Leben zu retten, so wäre uns das Rechtfertigung und Genugtuung genug. Gätten wir durch Verweigerung unserer Mitarbeit auch nur den Schimmer einer Friedensmöglichkeit vernichtet, so hätten wir unverantwortlich gehandelt. Durch unsern Eintritt in die Regierung übernehmen wir keine Verantwortung für die bisherige Politik. Im Gegenteil, dadurch wird ein bitter Trennungsriss gezogen zwischen dem, was vor und was nach dem 6. Oktober geschah. Der feine Umwandlung verurteilt durch sich selbst die Sünden des früheren Systems. Wir haben die früheren Regierungen belächelt und durch Ablehnung des Staats über unsere Stellung zur Gesamtpolitik keinen Zweifel gelassen. Wir wissen, wir haben ein böses Erbe übernommen. Wir müssen viel Wollast aufwerfen, um das Staatschiff in den Friedenshafen zu retten. Für eine eng umgrenzte Aufgabe haben wir uns mit all denen zusammengeschlossen, die für den Reichsfrieden und der Demokratisierung sind. Gelangt uns unsere Aufgabe, so ist das ein Segen für das deutsche Volk. Von unseren grundsätzlichen Anschauungen haben wir nichts preisgegeben, nichts verleugnet. Unser Programm ist das alte, unser Kampf gilt noch wie vor der Durchführung der Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes. Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind: Sozialdemokraten, Anhänger der internationalen Völkergemeinschaft, Kämpfer für die Befreiung der Menschheit vom Joch des Krieges und der Not des Kapitalismus, der ihn verfaßt hat, Feinde der Ausbeutung und der Unterdrückung. Aber unabhängig unserer Programme haben wir uns jetzt an die Bewältigung einer Aufgabe gemacht, die sofort gelöst werden muß, soll nicht die

deutsche Arbeiterschaft schweren Schaden erleiden. Im Dienste unserer totdunklen Soldaten an der Front, im Dienste unserer darbedenden Arbeiter, Frauen und Kinder in der Heimat wollen wir Frieden schaffen. Mit Ruhe und Festigkeit sehen wir dem entgegen, was auf unseren Friedensschritt folgt. Ob und Gut können wir verlieren, die Kraft, die Neuz schafft, kann uns keiner nehmen. Was auch kommen mag: wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein selbstredendes, tüchtiges und ehrliches Volk. Wollen die anderen Völker fortan unsere Freunde sein, so wird das ein Gewinn sein für uns und für sie. Wollen sie unsere Feinde bleiben, indem sie uns als Auswurf der Menschheit und als ihre Schuldner behandeln, so rufen wir ihnen zu: Nehmt Euch in acht, jede Anrecht hat einmal ein Ende. Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß der kommende Friede ein feier, ewiger Bundesfrieden freier und gleichberechtigter Völker wird. Alle Freunde dieses großen Gedankens in der Welt rufen wir an, uns bei seiner Verwirklichung zu helfen. Denn wir glauben an die Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, so werden wir nicht verzagen, denn wir glauben an unser Volk. Zu ihm wollen wir dann in Treue stehen, bis auch ihm die Stunde der Freiheit schlägt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Raumann (D.):

Dankbar gedenken wir dessen, was die deutsche Armee draußen durchgemacht hat. Der Glanz ihrer Taten wird weit in die Zukunft leuchten, aber diese Helden erster Klasse waren daheim Staatsbürger dritter Klasse. Das bisherige Bismarcksche System war notwendig, um die Einigung des deutschen Volkes herbeizuführen. Unser gespaltenes Volk mühte zunächst diktatorisch zusammengefaßt werden. Dieses System hat uns viel gegeben, nicht zum wenigsten die Kraft, daß wir in diesem Kriege gegen eine Welt von Feinden vier Jahre standhalten konnten. Aber zwei Aufgaben konnte es nicht leisten: die Einheitlichkeit der Regierung und die Beförderung des

#### nationalen Freiheitsgedankens.

In diesen beiden Rängen ist das System zugrunde gegangen. Theoretisch mag die monarchische Staatsform eine Einheitlichkeit der Leitung garantieren. Während des Krieges zeigte sich, daß eine Einheitlichkeit der Regierung bei uns nicht bestand. Die Involuntarität kam nicht aus der Mitte der Bevölkerung — das Volk hatte sich am 4. August geeinigt. Die Involuntarität in der Regierung begann schon 1914, ich nenne nur die Namen Bethmann und Tirpitz. Wir hätten zwei verschiedene Regierungsabteilungen, die sogar mit getrennten Plenarparlamenten arbeiteten, vor denen kaum der Reichskanzler sicher war. (Sehr richtig links.) Wir trieben zweierlei auswärtige Politik. Die Randstaaten kamen wir als Befreier, aber es gab auch amtliche Stellen mit dem Grundsatze, die okkupierten Subjekte haben den Mund zu halten. Ganz ähnlich trieben wir es mit den Elässern. Wir wollten sie zu guten Deutschen machen und unterstellten sie einer ganzen Reihe von Zivilkommandos. Der Reichskanzler sagte hier, Belgien müsse herausgegeben werden, draußen aber wurde im Auftrag hoher Regierungskreise verkündet, das sei ja nicht erst zu nehmen. Unserer Friedensentschließung stimmten der Kaiser, der Reichskanzler, die Oberste Seeresleitung und der Bundesrat zu — wenigstens steht es so in der Papstnote —, aber aus dem Schoß derselben Regierung wurde in Telegramm, Rede und Schrift immer wieder der umgekehrte Grundsatze ausgesprochen. So wurde im Ausland der Eindruck erweckt, die Deutschen seien unehrlich.

Auch die Beförderung des nationalen Freiheitsgedankens konnte das bisherige System nicht bringen. Wir waren mehr ein Ordnungsvolk als ein Freiheitsvolk. Auch in den besetzten Gebieten haben wir saubere Straßen gebaut, Anstalten eingerichtet, Schulen geschaffen, aber den Weg zur Volksebene haben wir nicht gefunden. Das Vertrauen zur Freiheit hat uns bisher gefehlt und deshalb konnte es nicht so weitergehen. Jetzt haben wir den

#### Zusammenbruch des alten Systems

und den Anfang einer neuen Periode deutscher Geschichte. Die Hauptarbeit wird nach dem Kriege zu leisten sein. Wenn parlamentarischen System ist die Entscheidung zwischen zwei Meinungen festgelegt, bei dem anderen System ist sie in die schwankende Seele einer Einzelperson gelegt. Zum Reize der Mehrheit gehört die Opposition der Minderheit, die sich aus den beiden Flügeln einen etwas mehrwärtig zusammenschließt. (Heiterkeit und sehr richtig.) Die Gruppe des Herrn Ledebour wird wie bisher keine Kritik üben, sie bleibt das konservative Element in diesem Hause. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Die Konservativen hatten wie bisher die engheren Beziehungen zur Regierung. (Widerstand rechts.) Wie können Sie das bestreiten, denken Sie nur an Preußen. (Zustimmung links.) Die Opposition wird für die Konservativen sehr erheblich wirken, auch sie können nur wieder auf dem Wege der Mehrheit zur Macht kommen und müssen sich dabei in viel höherer Nähe als früher den Bedürfnissen der Massen andienen.

Unsere Regierung hat für den Frieden getan, was sie tun kann. Aber über den Willen unserer Gegner sind wir nicht Herr. Es gibt Grenzen, aber die ein Volk nicht hinauszugehen kann, wenn es sich nicht selbst preisgeben will. Der Gedanke der Reichshoheit ist nicht von Lloyd George oder Wilson in die Welt hineingeworfen, es führt von ihm die gerade Linie von Kant bis zu Hegel. Bestimmten glauben, das deutsche Volk sei niedergebunden, weil es nach so vielen Siegen eine Niederlage erlitten. D nein, als eine Nation, die der Welt gegenüber vier Jahre lang so ausgehalten hat, sind wir nicht so zu machen, weder von den Heeren Europas, noch von den Heeren jenseits des Ozeans. Die Feinde sollen es nur versuchen, sie werden sehen, daß das nicht geht. Aber mit uns in Frieden leben, das geht, wenn die anderen nur wollen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

#### Abg. Stresemann (natl.):

Die Welt steht unter dem Eindruck des Friedensschrittes der deutschen Regierung. Die Entscheidung, ob den Völkern weitere Blutopfer erspart bleiben sollen, liegt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er hat vor seinem Gewissen die Frage zu beantworten, ob er den Frieden nach den von ihm selbst aufgestellten Grundsätzen noch weiter vortreiben will. Wir stehen

#### multipolitisch vereinfacht,

das zeigten die Ereignisse der letzten Wochen. Aber die Saat des Zusammenlebens in der Kriegszeit wird auch in Zukunft die Wiederanknüpfung mit Ausgängen erleichtern. Die alte Form Österreich-Ungarns manlt in dem Streben der Völker nach Selbstständigkeit. Aber Deutsch-Oesterreich wird der dort besten deutschen Empfindungen bleiben. Man tadelt den Friedensentschluß der Regierung als eine Folge der Heranziehung demokratischer und sozialdemokratischer Elemente. Die Tapferkeit der Truppen soll dadurch geschwächt sein. Für die Steine, mit der jemand das Niedergerüst, habe ich keinen parlamentarischen Ausbruch. (Zuruf!) Es handelt sich um Versicherungen der unabhängigen Nationalkorrespondenz in Stuttgart von Graf Haug. (Sehr richtig.) Wir haben von den deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Angesichts der Taten unseres Heeres war dieser Glaube verständlich. Unsere Kriegsziele sind nicht erreicht. Aber billiger Spott ist jetzt nicht angebracht. Aus dem, was sich entwickelt hat, haben wir den Schluß gezogen, daß das System, das uns hiehergeführt hat, sein Recht auf Existenz verliert hat.

Bei Kriegsbeginn hielten wir das deutsche System dem der feindlichen Länder überlegen. Das war eine Täuschung. Die Vorgeschichte des Krieges ist voll von unglücklichen diplomatischen Aktionen. Das das Schlimmste ist, unser System hat selbst verlasst, was es seine stärkste Stütze zu haben schien, in kriegerischer Hinsicht. Daß wir uns von den Amateuren der Kriegstechnik in England und Amerika schlagen lassen mußten, war für uns die größte Enttäuschung. Wir hatten

eben keine Organisationskünstler wie Lloyd George. Die Art der Vergebung von Lieferungen durch das Kriegsministerium in der ersten Zeit des Krieges hat die Schieberwirtschaft und die Kriegsgewinnler in Deutschland groß gezogen. (Sehr wahr!) Es zeigte sich hier eine Planlosigkeit, die beweist, daß man auch auf diesem Gebiete sich für den Krieg gar nicht eingerichtet hatte. Unsere Ernährungswirtschaft hat die Staatseinkünfte untergraben. Vor allem fehlte jeder Zusammenhang zwischen Regierung und Volk, ohne den dieser Krieg nicht zu führen war. Zwischen den hohen Beamten und dem Volk hatte ein Abgrund. Wenn in England die Munitionsherstellung stodi, ging der Arbeitsminister zu dem Grubenarbeiter und wirkte auf ihn durch seine Persönlichkeit. Auch das deutsche Volk will Führer haben, zu denen es Vertrauen hat. Den Vorlagen der Regierung stimmten wir zu. Sie stellen den Reichstag mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. Wir gehen in diese Entwicklung hinein ohne die politische Erziehung Englands. Aber außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Ein Zurück von den jetzt erzwungenen Freiheiten gibt es nicht. Wird der Friede jetzt nicht erreicht, so erwarten wir, daß die Regierung die letzten Kräfte des Volkes zum Kampf aufruft. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen haben sollte, wollen wir doch in Ehren in der Geschichte bestehen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

#### Abg. Graf Westarp (L.):

Wir leben in der neuen politischen Entwicklung eine verhängnisvolle Wendung, in der wir schwere Gefahren für unser Vaterland befürchten. Die Regierung ist jetzt ein Vollausmaß der Wahrheit des Reichstags. Damit sind die wertvollen Grundlagen vernichtet, auf denen Bismarck das Deutsche Reich errichtet hat. Aus dem monarchisch-konstitutionellen Reich ist ein parlamentarisch regiertes Reich geworden. Der Bundesrat wird nicht in der Lage sein, den zentralistischen Machtwort des Reichstags Widerstand zu leisten. Mit der Beschneidung der Rechte des Kaisers ist gleichzeitig der König von Preußen entmacht. Der preussische Stimme ist durch diese Veränderungen ihr Gewicht genommen. Wir können den Vorlagen der Regierung nicht zustimmen und lehnen jede Verantwortung für die Folgen dieser Entwicklung ab. Es ist nicht wahr, daß wir bisher die Alleinherrschaft gehabt hätten (Laden links), daß heute das junferlich-bürokratische System zusammengebrochen sei. Wir haben auch früheren Reichskanzlern Widerstand leisten müssen, vor allem Bethmann Hollweg, weil er sich unter den beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie stellte, unter der Suggestion, daß nur auf diesem Wege die Waffen zur Friederfüllung angehalten werden könnten. Auf dem Boden des parlamentarischen Systems haben wir als Oppositionspartei, wir werden unsere Aufgabe erfüllen im festen Vertrauen, daß einmal wieder die Kraft kommen wird, in der konservativen Anschauungen gerechte Wahrung finden. Unsere Oppositionsstellung ist wesentlich verjüngt worden durch eine Ausdehnung aus Regierungskreisen, durch den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. (Schäcker b. d. Soz.) Ich frage den Reichskanzler, ob er die Verantwortung für diese politische Handlung seines Staatssekretärs trägt. (Sehr gut! rechts.) In dieser Ausdehnung wird uns vorgeworfen, unsere Politik habe die Kampfkraft des Volkes geschwächt. (Sehr wahr! links.) Diesen Vorwurf muß ich Ihnen zurückgeben. Die Stunde der Abrechnung wird kommen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die erste Tat der Regierung, das neue Friedensangebot, halten wir nicht für notwendig und nützlich. Die unerhörten Forderungen der Polen weisen ich auf das Entschiedenste zurück. (Widerstand rechts.) Trotz alledem werden wir uns hinter die Regierung stellen, wenn sie das Volk zum letzten Kampfe aufruft. Wäre die Regierung das Volk auflösen, worum es geht, und es zum Kampfe aufrufen. Das deutsche Volk wird seinen Frieden der Kapitulation, seinen schwachen Frieden, in dem sein Dasein und seine Zukunft vernichtet wird, eingehen und eingehen brauchen. (Beifall rechts.)

Es ist eine Resolution der Reichstagspartei eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus. Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 3 Uhr vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Parteinachrichten.

### 20 000 Demonstranten für Frieden und Freiheit.

Eine eindrucksvolle Kundgebung, wie eine solche seit dem Höhepunkte des Wahlrechtskampfes im Jahre 1910 nicht mehr verzeichnet werden konnte, fand am Sonntag in den Anlagen des Friedensparks in Dortmund statt. Lange vor der angesetzten Zeit waren 12 000 Eintrittskarten verkauft und noch immer zählten Tausende hinzu, so daß mit einer Teilnehmerzahl von etwa 20 000 gerechnet werden konnte! Die sozialdemokratische Partei des Reiches hatte zu einer Versammlung mit dem Thema: "Krieg oder Frieden; die politische Umwälzung in Deutschland" eingeladen. Am härtesten war die Arbeiterchaft des Bergbaus und der Metallindustrie erschienen, aber auch die Angestellten- und Beamtenchaft wie das sonstige Bürgertum war sehr zahlreich vertreten. Von vier Stellen aus legten der Reichstagsabgeordnete M. König, die Stadtverordneten Wredenbeck und Kluppel und Redakteur Rehlisch den Führern den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Friedensfrage und zu den grundlegenden Veränderungen in der Reichspolitik dar. Ihre Ausführungen wurden oft durch stürmischen Beifall unterbrochen, und zum Schluß kam eine Entschließung nahezu einstimmig zur Annahme, in der es heißt:

Die etwa 20 000 Versammelten begrüßen die Parlamentarisierung der Regierung und die begonnene Demokratisierung Deutschlands und den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung. Sie erhoffen von der Parlamentarisierung und Demokratisierung des Reiches eine glücklichere Zukunft des deutschen Volkes. Der Friedensfortschritt, den die Regierung unternommen hat, entspricht dem heiligen Friedenssehnen des Volkes und der militärischen Lage. ... Das Volk wünscht, daß die Regierung bei ihren Angelegenheiten so weit geht, als es mit den Lebensbedingungen und der wirtschaftlichen Fortentwicklung Deutschlands vereinbar und erträglich ist. Sollten die Feinde auch unter diesen Bedingungen zu keinem Frieden bereit sein, dann darf, wenn die Volkregierung ruft, niemand zurückbleiben, seine ganze Kraft der gefährdeten Heimat zu widmen.

Die erste Zeit, in der wir leben, erfordert ein starkes Geschlecht, das, wenn es die Stunde gebietet, bereit ist, für seine Sache einzustehen.

Zu den Gefahren, die uns im Westen durch eine gewollte Hebermacht von Feinden drohen, kommen die Gefahren im Innern von rechts und links. Allseitiger Wackel und bolschewistische Verwirrung kämpfen um die Seele des Volkes. Diese Gefahren zu bannen, ist der Zusammenschluß aller freiwillig gestimmten Volksteile in der Sozialdemokratie das Gebot der Stunde. Kein Mann und keine Frau, denen ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder nicht gleichgültig ist, dürfen keinen Augenblick säumen, in der Sozialdemokratie ein festes Bollwerk des Friedens und der Freiheit zu schaffen.

Eine ähnliche Entschließung nahmen zwei überfüllte Versammlungen in Selskischen an, in denen die Genossen Reichstagsabgeordneter Sacke, Bochum und Redakteur Rehlisch (Dortmund) sprachen. Auch hier herrschte eine der Sozialdemokratie günstige Stimmung, was besonders durch eine große Zahl von Beitrittserklärungen zur Organisation zum Ausdruck kam.















Johann Heinrich Campe.

Zu seinem hundertsten Todestage.

Johann Heinrich Campe leidet mit manchem anderen bedeutenden Manne das Schicksal, daß er durch eine Nebenarbeit, der er selbst wenig Wert beilegte, unsterblich geworden ist: durch seine Bearbeitung von Defoes „Robinson“.

Campe ist einer der Hauptvertreter jenes Philantropismus, der im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts eine Umwälzung in der Ausbildung der Jugend herbeiführte.

In Hamburg leitete dann Campe zuerst kleinere Erziehungsanstalten. Dieser kleinen Kinderfamilie hat er zuerst seinen Robinson erzählt.

Campe's Bemühungen um die deutsche Sprache verfolgten Tendenzen, die auch heute wieder lebendig sind; sie gipfeln in der von der Berliner Akademie der Wissenschaften gekrönten Arbeit „Ueber die Reinigung und Bereicherung der deutschen Sprache“.

Die feuergefährliche Glimmerkiste.

Die meisten Menschen, die im Kino sitzen, ohne nicht, daß sie sich in einem höchst feuergefährlichen Raum befinden und daß sehr vorsorglich Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind, um der Gefahr von Brandkatastrophen zu begegnen.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Du bleibst doch?“ hat er warm und liebenswürdig. Als sie ihm nichts erwiderte und ratlos zu Frau Wyszocka herüber schaute, deren scharfen Blick sie auf sich fühlte, wandte er sich zu Nina mit der Bitte:

„Vielleicht gelingt es Ihnen, Fräulein Melanie zum Bleiben zu bewegen.“

Nina hatte von Frau Wyszocka alles erfahren und war Mela ziemlich feindselig gesinnt, fühlte aber jetzt, als sie ihr trauriges Gesicht sah, ihren tiefen Schmerz nach, und ein großes Mitleid erzitterte in ihrem Herzen.

Mela wehrte sich, mit ihrem Herzen und ihrem Willen kämpfend, blieb aber doch.

„Das legte mal!“ versicherte sie sich, vergaß aber bald, durch Wyszockis Worte beraubt, der seiner Mutter zum Trost auch nicht für einen Augenblick von ihr wich, und bezaubert von der Güte Anka's und Rinas, die sie in ihre Mitte genommen hatten und mit großer Herzlichkeit zu ihr sprachen, daß es das legte mal sein sollte; im Gegenteile, sie begann dran zu glauben, daß es das erste mal war, und daß es immer so bleiben würde . . . immer . . .

Der Empfang für diesen kleinen Kreis der Auserlesenen dauerte noch ziemlich lange. Gegen Abend wurde in dem großen, mit heller Eiche getäfelten Eßzimmer das Diner serviert.

Auf dem großen Tisch glänzten die kristallinen Aufsätze, das Silberzeug und die vielen Blumen, die wie ein großes Beet sich über den ganzen Tisch hingogen; große Leuchter in der Form vielarmiger Raketen ergossen ein mildes Licht über die Gesichter der Gäste.

Es herrschte ein herzlicher Ton, verschiedene Trinkprüche wurden ausgebracht, man unterhielt sich so ausgezeichnet, daß sogar Müller auf das Wohl der Gastgeber trant und eine Rede halten wollte. Da er aber angeheitert war und Waba, die neben Max Baum saß, ihm nicht vorsagen konnte, kalte er bloß ein paar Worte und setzte sich wieder, mit dem Kermel das rote, fettglänzende Gesicht abwischend.

„Ich würde ihn in meine Menagerie aufnehmen, das ist ein interessantes Exemplar,“ brummte Kehler, sich zu der neben ihm sitzenden Mela beugend.

logenheiten vor den Augen des gerührten Zuschauers sich abspielt, muß die Geschichte in dem engen Verlaufe des Operateurs auch rein technisch funktionieren.

Die Technik hat nun zwar versucht, „unverfälschte oder schmerzlose Filme“ herzustellen, aber zufriedenstellende Resultate sind damit noch nicht erreicht worden.

Da ist es zunächst die Lage und die innere Einrichtung des Vorführungsraumes. Der Verfasser tritt hier sehr lebhaft dafür ein, daß die Belegung an den Vorführungsraum die Bedingungen eines gewerblichen Arbeitsraumes stellen müßte.

Auch die mechanische Einrichtung der Vorführungsräume hat sich im Laufe der Jahre wesentlich gebessert. In der Hauptrolle wird nur noch Elektrizität als Betriebskraft für die Vorführung verwendet.

Der Vorführungsraum ist das Herz des Lichtspielhauses, auf sachgemäße Lage und innere Einrichtung ist hier besonders Rücksicht zu nehmen. Tritt einmal ein Filmbrand auf — und er wird sich nicht vermeiden lassen, solange mit Zelluloidfilmen gearbeitet werden muß — dann wird ein solcher Vorfall in einem vorrichtsmäßig großen luftigen Arbeitsraum harmlos verlaufen.

„Die Witwe von Ephesus“.

Im Hamburger Thalia-Theater wurde „Die Witwe von Ephesus“, ein Stückerl von Franz Xaver Gruber, aufgeführt. Der junge Verfasser einer hingeklopften, unheimlich komischen Tragödie, die den nahezu idealen Stoff von der leichtfertigen ephesischen Witwe verballhornt, selbst mit einer zuweilen irreführenden Witzigkeit, die unbestreitbare Poesie und erste Spielern seiner Stücke ist, wird durch den schulativen Zwang der Ereignisse zum Verfasser eines kollektiven Kolofonwankens, welches ebenfalls das Motiv von der selbigen Witwe behandelt.

Mela hörte die Worte nicht, sie war in ein Gespräch mit Wyszocki vertieft; außerdem fühlte sie einen unheimlichen Ekel vor diesem Menschen mit dem Fledermauskopf und den gelben Augen, die sich ständig in Anka bohrten, welche zwischen ihm und Worowiecki lag.

Waba Müller allein war heute nicht gut gelaunt. Sie achtete nicht auf die Bemerkungen Baums, der sie unterhalten wollte, starrte bloß immer Karl und Anka an und fragte leise Max, als sie sah, daß die beiden so glücklich schienen:

„Ist das Fräulein, das neben Herrn Worowiecki sitzt, seine Schwester? Sie sind sich so ähnlich.“

„Eine entfernte verwandte Cousine, zugleich aber auch seine Braut,“ erwiderte Max mit Nachdruck.

„Braut! Ich wußte nicht, daß Herr Karl eine Braut hat . . . Ich wußte es nicht . . .“

„Seit einem Jahr sind sie schon verlobt, und sie lieben sich sehr.“ Max sagte das absichtlich, weil ihn ihre Ahnungslosigkeit aufregte und das offen zur Schau getragene Entzücken, mit dem sie Karl anblitzte und von ihm sprach.

Die goldenen Wimpern Wabas flatterten plötzlich wie Flügel und fielen schwer auf die blauen Augen, das stark gerötete Gesicht überzog plötzlich eine Blässe, und die blutroten Lippen begannen seltsam zu zucken.

Erstauert blickte Max auf diesen plötzlichen Wechsel, hatte aber keine Zeit mehr, sich darüber klar zu werden, weil ein Laus ihm leise ins Ohr flüsterte, jemand warte auf ihn.

„Die Mutter stirbt!“ sagte ihm kurz Jasju Jastulski im Vorzimmer.

„Was? Was? Was?“ wiederholte Max und wollte es nicht glauben. Bewußtlos drehte er sich im Kreis, machte unwillkürliche Bewegungen und blickte auf Jasju, der verweint und schluchtern, zitternd noch einmal die Weisheit wiederholte und schnell wegging.

VIII.

„Wo ist denn Herr Baum verschwunden?“ fragte Waba Müller.

„Bin ich denn der Schutengel meines Kompagnons, wenn er nicht mein Rastler ist!“ erwiderte scherzhaft Worowiecki. In Wirklichkeit war er froh, daß die Augen dieses Kompagnons nicht mehr Anka beobachteten und nicht mehr sein Gespräch mit Waba kontrollierten. Waba war jetzt ganz schlecht gelaunt, seitdem sie erfahren hatte, daß Worowiecki verlobt war.

Sie drängte den Vater zum Weggehen, Müller aber war heute in glänzender Laune, umringt Worowiecki, setzte ihn neben seine Tochter und rief herb:

Aufzug aus, der wirkliche oder vermeintliche Repertoiretrends eines Theaterdirektors, mehr oder weniger späßige Verunsicherungen ausplaudert. Der zweite Akt rechnet auf das Kalorieninteresse der Zuschauer für das Aneben, Leben und Schweißen während der Theaterproben. Die landläufige Meinung des Philisters von der Künstlerische wird im dritten, sehr zerkleberten Aufzug ausgebaut. — Direktor Köbbling hatte das mammonistische befristete Stück mit treuer Genauigkeit inszeniert. — Das Publikum nahm die Premiere günstig auf. A. S.

6000 Nummern Reclam.

Reclams Universal-Bibliothek ist als Kulturmacht und Kulturmittel, wie es kein anderes Volk ähnlich besitzt, anerkannt, und die Bedeutung, die diese Hefte für die Bildungsgeschichte unseres Volkes besitzen, ist gar nicht zu überschätzen. Das Unternehmen tritt in diesen Tagen in einen neuen Abschnitt ein, indem es nämlich die 6000. Nummer erreicht.

Weitere Führer werden in kurzem für die ausländische Dichtung und für die wissenschaftliche Literatur folgen. Leider mußte infolge der stets wachsenden Herstellungskosten (und Betriebskosten der Verkaufspreis jeder Nummer jetzt auf 60 Pf. erhöht werden. Aber auch zu diesem Preise können zurzeit nur etwa 2700 von den 6000 Nummern geliefert werden, da die anderen infolge Papiermangels nicht neu gedruckt werden können.

Impfung gegen die Grippe.

Angefaßt der zahlreichen Todesfälle an Lungenentzündung, die sich als Folge der Grippe in den Stockholmer Hospitälern ereignen, hält es das dortige Medizinalamt für wünschenswert, daß in den Krankenhäusern gegen die Komplikationen der Grippe vorbeugende Impfungen angeordnet werden, und daß man versucht, der Krankheit durch Impfung mit Rekonaleszenzserum beizukommen. Dem Dozenten Kling in Stockholm ist es übrigens, wie „Stockholms Dagblad“ mitteilt, gelungen, ein Schutzmittel gegen die Folgekrankheiten der Grippe zu finden. Er hat damit Versuche an Garnisonstrassen in Stockholm angestellt, die vielversprechend ausgefallen zu sein scheinen. Ein weiteres Mittel gegen die Infusion selbst hat Kling nicht herstellen können; gegen die Folgeerkrankungen aber hat er eine Anzahl Mittel mit Erfolg angewandt, darunter auch Neo-Salvarsan. Kling hatte bei seinen Untersuchungen wahrgenommen, daß die Lungenentzündungen in den meisten Fällen durch Streptokokken oder anderen Eiterbakterien verursacht werden. Von dieser Beobachtung ausgehend, hat er ein Mittel hergestellt, das nach demselben Prinzip wirken soll, wie die bakteriologischen Mittel gegen Typhus und Cholera. Durch wiederholte Eingebungen dieser Art plant er, eine Immunität gegen Streptokokkeninfektionen herbeizuführen und damit den Ausbruch der gefährlichen Folgekrankheiten zu verhindern zu können.

Notizen.

— Musikchronik. Das erste Ekklesienkonzert in der Philharmonie findet am Donnerstag, den 24. Oktober, statt. Mitwirkende: Kammerfängerin Pola Artôt de Padilla, Kammerfänger Walter Kirchhoff und Claudio Aron.

— „Das Forum“ wird wieder wie früher als politische Zeitschrift erscheinen. Die Beschränkung auf literarische, kulturkritische und theatrale Fragen ist aufgehoben.

„Bist du dumme, Waba, jetzt hast du einen Cavalier und brauchst es nicht eilig nach Haus zu gehen.“ Verlegen senkte Waba den Kopf auf die Brust, zog scheinbar mit großem Interesse die Handfläche an und hörte auf den Klang von Worowieckis tiefer Stimme, die sie stets mit einem seltsamen Schauer erfüllte, doch heute so traurig in ihrer Seele hallte, so traurig, daß sie befrähtete, in Tränen auszubrechen.

Müller setzte sich zu Nina und klopfte ihr wohlgefällig auf den Rücken, ohne auf die belustigten Gesichter um ihn herum und auf Frau Trawinskis Verlegenheit zu achten.

„Ich fühle mich sehr wohl hier bei Ihnen! Ich habe ein schönes Palais, mag es aber nicht. So eine Tochter wie Sie möcht' ich haben.“

„Was haben Sie denn an Fräulein Waba auszusehen? Sie sieht heut reizend aus.“

„Ja, Waba ist sehr schön, aber so furchtbar dumme. Ich möcht' sie an einen Polen verheiraten, und dann müßten sie auch solche Salons wie Sie haben, dann würde ich immer bei ihnen sitzen.“

„Das wird wohl schwer gehen, in Lodz. Hier gibt's keine so reichen Polen, denen Sie Ihre Tochter zur Frau geben könnten,“ sagte Kurovski, der neben Nina saß.

„Ach so, Herr Kurovski? Ich würde Ihnen Waba geben, auch Worowiecki, ihr seid anständige Fabrikanten.“

„Danke, danke!“ sagte Kurovski spöttisch und drückte ihm die Hand.

„Es gibt ja bessere wie wir, ich habe sogar schon etwas von den Absichten Kehlens gehört!“

„Kehler! Mag er den Kissen aus seiner Menagerie heiraten, meine Tochter kriegt er nicht. Das wissen Sie doch, er ist ein Bauer und ein Lump!“ Müller war ganz erregt, begann aber bald wieder herzlich zu lachen und wollte Nina auf den Rücken küssen. Er war schon ganz betrunken.

„Was hat Ihnen so die Laune verdorben?“ fragte Karl leise, zu Waba gewandt.

Sie erwiderte nichts, führte bloß ein Taschentuch an die vor verhaltenen Tränen stehenden Lippen, erhob ihre Augen zu ihm und schaute ihn lange an, bis er ungeduldig wurde und die Frage wiederholte. „Da, Ihre Braut sucht Sie.“ Sie wies mit den Augen auf Anka, die im Zimmer umherschaute. Unwillig ging Karl zu ihr herüber. (Fort. folgt.)







# Die deutsche Nationalversammlung Oesterreichs.

Wien, 21. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der päpstliche Botschafter, der im Jahre 1848 einen Brennpunkt der Revolution bildete, hat sich heute die deutsche Nationalversammlung Oesterreichs konstituiert. Sie hat in einem Beschlusse für alle Zukunft festgelegt, daß das alte Oesterreich zu bestehen aufgehört hat. Den bürgerlichen Parteien ist dieser Beschlusse, der sie auf das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes und anderer Völker festlegt, nicht leicht gefallen. Schwere Herzen haben sie von dem alten Oesterreich Abschied genommen. Dennoch brachten sie in ihren Erklärungen die Erkenntnis zum Ausdruck, daß ihre Herrschaft doch nur mehr eine Scheinherrschaft war, daß sich das deutsche Volk für den österreichischen Staat vergebens aufrief und daß die Rettung nur vom Selbstbestimmungsrecht der Völker kommen kann.

Auf der anderen Seite konnten die Sozialdemokraten mit Recht darauf hinweisen, daß sie schon vor zwanzig Jahren diese jetzt unermesslich gewordene Lösung erstrebt hatten. Die Rede unseres alten Genossen Dr. Viktor Adler rief tiefe Bewegung und stürmischen Beifall hervor. Sie machte auch dort einen starken Eindruck, wo sie feststellte, was die Sozialdemokratie von den anderen Parteien scheidet.

Die Sozialdemokraten gaben durch Adler eine Erklärung ab, die darauf hinweist, daß die Konstituierung der österreichischen Nationalen schon im Brünner sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1899 gefordert wurde. Sie fährt dann fort:

Wir entziehen unsern brüderlichen Genossen den slawischen und romanischen Genossen. Wir beglückwünschen sie, daß sie der Bewirkung ihres Selbstbestimmungsrechts nahe sind, wir erkennen dieses Recht vorbehaltlos an und fordern es ebenso auch für das deutsche Volk. Das deutsche Volk in Oesterreich soll einen eigenen demokratischen Staat

bilden, der frei entscheidend seine Beziehungen zu den Nachbarvölkern und zum Deutschen Reich regelt. Wir verlangen für uns volle Freiheit zu diesen beiden möglichen Verbindungen. Wir fordern, daß das deutsche Volk den Grundsatze der Volkssouveränität, entsprechend der Verfassung, durch die konstituierende Nationalversammlung mit dem gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen festsetzt. Doch werden wir für die demokratische Republik eintreten. Die hier verlangte Grundlegung der demokratischen Organisation, die hier gewählte Regierung soll im Namen des deutschen Volkes von Oesterreich selbständig die Friedensverhandlungen führen und, gleich den anderen Völkern, die Vertretung seiner Interessen nicht einer vorkommenden Diplomatie überlassen. Diese Regierung soll die Auseinandersetzung mit anderen Nationen vorbereiten und halbwegs die innere Verwaltung übernehmen. Besonders soll sie in der Ernährungsfrage mit den Tschechen von Volk zu Volk verhandeln, ebenso auch mit Deutschland. Nach der Bildung der neuen Regierung muß der Vollzugsausschuss unmittelbare Beziehungen zu anderen Regierungen anknüpfen und besonders mit Wilson unmittelbare Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden eingeleiten. Für die deutschen Sozialdemokraten bedeutet die Teilnahme an dieser Versammlung keine Parteigemeinschaft, kein Bündnis, keinen Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien. Eingedenk des bestehenden Gegnerschaften wollen wir weiter kämpfen für das Parlamentarismus und den Sozialismus, dabei aber rechtlich für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eintreten.

Das Gefühl für die geschichtliche Bedeutung des Vorganges ist allgemein. Die Galerien waren überfüllt, eine ungeheure Menschenmenge hatte sich vor dem Landhaus angesammelt.

Wien, 21. Oktober. Um 5 Uhr nachmittags wurde die deutsche Nationalversammlung im niederösterreichischen Landhaus eröffnet.

Abg. Waldner eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er sagte, er sei mit der Einberufung von allen deutschen Parteien dankbar, damit auch für die Deutschen das Recht der eigenen unabhängigen Staatlichkeit feierlich erklärt werde. Die Versammlung werde sich von dem einigen Geiste erfüllt zeigen, die staatliche Zukunft des deutschen Volkes auf seinem Erbe zu sichern. Die Geschichte hat uns zum Gründervater des alten Oesterreich gemacht. Nun scheiden wir aus diesem Staat, um unsere Volkssouveränität auf uns allein zu stellen. Die Auflösung Oesterreichs bedrohe den Ernährungsstand der Deutschen mit Abwertung und Inflation, dagegen müsse das Reichertum aufrechterhalten werden. Waldner schloß mit dem Auf: Heil Deutsch-Oesterreich!

Darauf wurde unter stürmischen Beifall ein

## Beschluß

angenommen, der zunächst die Entschlossenheit des deutschen Volkes ausdrückt, in Oesterreich seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen zu regeln. Der Beschluß lautet dann weiter:

Der deutsch-österreichische Staat beansprucht Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Subdenländern. Jeder Annexion von durch deutsche Bauern, Arbeiter und Bürger bewohnten Gebieten seitens anderer Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarungen mit anderen Nationen sicher zu stellen suchen. Bis zu der auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu wählenden Konstituierung der Nationalversammlung, welche die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates festlegen wird, wird das deutsche Volk in Oesterreich von der Gesamtheit der deutschen Reichsratsabgeordneten als provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich vertreten. Diese beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Oesterreich

bei den Friedensverhandlungen zu vertreten

und Verhandlungen mit anderen Nationen über die Uebertragung der Verwaltung an die neuen Nationalstaaten und über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Nationen zu führen und eine Gesetzgebung und Vollzugsgewalt einzurichten. Sie wird die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung festsetzen und die Organisation der inneren Verwaltung des deutsch-österreichischen Staates vorbereiten. Besonders Aufmerksamkeit wird sie der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes in Oesterreich zuwenden, die infolge der Störung der Lebensmittelzufuhr zu den bestehenden Gefahren zu bekämpfen sich bemühen und hierfür die erforderlichen Verhandlungen führen. Zur Lösung dieser Aufgaben beschließt die Versammlung die

Wahl eines zwanziggliedrigen Vollzugsausschusses

mit dem Auftrage, Entwürfe über die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates zu unterbreiten bis zur Bildung der deutsch-

österreichischen Regierung das deutsche Volk in Oesterreich gegenüber der gemeinsamen und österreichischen Regierung sowie gegenüber anderen Nationen zu vertreten und die Stellung der Deutschen Oesterreichs bei den Friedensverhandlungen vorzubereiten, ferner die Wahl des Verfassungsausschusses zur Ausarbeitung einer Wahlordnung für die Konstituante, die Wahl des Verwaltungsausschusses zur Ausarbeitung der Entwürfe über die Organisation der inneren Verwaltung sowie des Entwurfes einer Gemeindeordnung und demokratischen Gemeindeverwaltung, die Wahl des Ernährungsausschusses, des volkswirtschaftlichen Ausschusses, der die wirtschaftliche und staatsfinanzielle Auseinandersetzung mit den anderen Nationen vorzubereiten hat, schließlich die Wahl des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses. Der Vollzugsausschuss wird ermächtigt, zur Durchführung dieser Arbeiten die erforderlichen Ausgaben zu bestreiten und zu diesem Zwecke Darlehen auszunehmen. Schließlich spricht der Antrag die Vereinfachung der Reichsratsabgeordneten des deutschen Volkes aus, auf der noch bestehenden Verfassungsgrundlage am Zustandekommen aller jener Maßnahmen mitzuwirken, die notwendig sind, um das Recht- und Wirtschaftsleben bis zur Uebernahme aller staatlichen Verpflichtungen der Völker zu sichern.

Nach Annahme dieses Antrags erklärte Präsident Seid (Soz.), daß hiermit die provisorische Nationalversammlung der Deutschen Oesterreichs gebildet sei, dann gab Adler (Soz.) die oben wiedergegebene sozialdemokratische Erklärung ab.

v. Panz (deutsch-österreich. Unabhäng. Partei) erklärte, daß ein Bundesstaat mit den anderen Völkern Oesterreichs nicht in Frage kommen könne. Er sprach den Wunsch nach innigstem Verhältnis Deutsch-Oesterreich zum Deutschen Reich aus.

Schraffl (Christl.-Soz.) sprach für Festhalten an der monarchischen Regierungsform und für eventuelle Vereinigung mit den anderen österreichischen Völkern zu einem Bundesstaat. Knirsch (Deutsche Arbeiterpartei) lehnt den Bundesstaat ab und fordert Anschluß an das Deutsche Reich.

Steinwender (Verband der deutsch-nationalen Parteien) erklärte, die Deutschen händen in voller Einigkeit auf dem Boden der Selbstständigkeit und blieben überzeugung Anhänger der monarchischen Staatsform. Der Staat Oesterreich werde sein Verhältnis zu Deutschland und anderen Nationen in freier Selbstbestimmung ordnen.

Auf Antrag Freißler wurde einstimmig die Wahl von 20 Abgeordneten in den Vollzugsausschuss vorgenommen. Der Vollzugsausschuss wurde beauftragt, über die durch die Antwort Wilsons an die österreichisch-ungarische Regierung geschaffene politische Lage zu beraten.

Der Vollzugsausschuss beschloß sodann, aus seiner Mitte 3 Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Neuherrschaft, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 leitet Präsident Seid, Gruppe 2 Präsident Dinghofer, Gruppe 3 Präsident Fink. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilsonnote zu beraten und dem Vollzugsausschuss ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Auslande zu notifizieren. Der Ernährungsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Berlin und München in Verbindung zu setzen.

## Der Nationalrat der Südslawen.

Agram, 21. Oktober. Der am 5. Oktober vom Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben auf einer Versammlung der Delegierten aller nationalen Parteien aus Kroatien, Slowonien mit Kiume, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina, Triest, Krain, Görz, Steiermark und Kärnten ufm. gewählte Zentralausschuss trat am 17., 18. und 19. Oktober in Agram zusammen. Er gibt eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben vertritt dem Volke der Slowenen, Kroaten und Serben, daß er von diesem Augenblick an, dazu ermächtigt von allen nationalen Parteien und Gruppen, die Leitung der nationalen Politik in seine Hände nimmt. Der Nationalrat, geleitet von den großen Ideen der nationalen Selbstbestimmung und Demokratie, die bereits auch vor dem Kriege unser ganzes Volk durchdrungen haben, die im Verlaufe des Krieges in der nationalen Politik zum Siege gelangt sind, stellt für die Lösung unserer nationalen Fragen folgende grundlegenden Forderungen: Erstens, wir fordern die Vereinigung unseres gesamten Volkes

der Slowenen, Kroaten und Serben auf dessen gesamtem ethnographischem Territorium, ohne Rücksicht auf irgendwelche provinzielle und staatliche Grenzen, in denen es heute lebt, in einem einheitlichen vollkommen souveränen, auf den Grundgesetzen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie eingerichteten Staate, in dem die Aufhebung aller sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten enthalten ist. Zweitens: Wir fordern, daß auf der künftigen internationalen Friedenskonferenz unser Volk einheitlich durch seine besonderen Delegierten vertreten wird. Drittens: Der Nationalrat lehnt demnach den im österreichischen kaiserlichen Manifest vom 18. ds. enthaltenen Plan der Lösung unserer Nationalfrage ebenso ab wie auch jeden künftigen Vorschlag der darin ginge, unsere nationale Frage teilweise zu lösen und ihr den internationalen Charakter zu nehmen. Viertens: Der Nationalrat ist der Ansicht, daß nur durch Bewirkung dieser Forderungen und Grundzüge ein dauernder Friede zwischen den im freien Staate vereinigten Völkern verbürgt und damit der Völkerverbund und die allgemeine Abrüstung ermöglicht werden wird. Fünftens: Der Nationalrat erklärt, daß gemäß den allgemeinen Grundgesetzen der Demokratie allen unseren nationalen Minderheiten im Staate der Slowenen, Kroaten und Serben freie Entwicklung gesichert werden wird und den Nachbarstaaten im Hinterlande der Handel, der Verkehr und der Zugang zum Meere ermöglicht und gesichert werden wird ohne daß dies in unsere territoriale Integrität und staatliche Souveränität einreißt.

Unterzeichnet ist das Schriftstück: Für den Nationalrat das Präsidium: Dr. Anton Korosec, Dr. Anton Babelic, Svetozar Tribisjevic.

## Die Südslawen gegen Habsburg.

### Eine Londoner Erklärung.

London, 20. Oktober. Wie Reuter erfährt, hat das südslawische Komitee in London bei einer Zusammenkunft am 19. d. M. einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

Das jugoslawische Komitee in London, als Vertreter und Bevollmächtigter von 7 Millionen Kroaten und Slowenen Oesterreich-Ungarns und zahlreicher südslawischer Gemeinwesen in Nord- und Südamerika und den englischen Dominions, lehnt endgültig das Manifest ab, das am 18. Oktober Kaiser Karl an seine Völker richtete. Unser Volk ist entschlossen, jedes Band mit den Habsburgern zu zerreißen. Es erwartet die Erfüllung seiner Ideale durch den Sieg der Alliierten und der Vereinigten Staaten, an dem sie mit allem was in ihrer Macht steht, mitwirken wollen.

## Hussarek über Wilsons Antwort.

### Rede im Herrenhaus.

Wien, 21. Oktober. Im Herrenhaus erklärte der Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, die Antwort Wilsons biete keineswegs Anlaß, den angebahnten Bedenkensausgleich als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Depesche Wilsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht allzu langer Zeit aus den unglücklichen Leiden des Krieges herausführen wird. Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von alters her der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechte seien. Deshalb kann sich Oesterreich ohne Abwendung von der eingewurzeltsten Ueberzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt im Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit.

Ueber die Integrität Ungarns, die noch in der letzten Kaiserproklamation zugesichert wurde, sagte der Ministerpräsident: „Es würde der geschichtlichen Aufgabe Oesterreichs keineswegs gerecht, wenn wir für die Schaffung oder Aufrechterhaltung einer willkürlichen Grenze zwischen den beiden großen südslawischen Komplexen innerhalb der Monarchie eintreten wollten.“

(Das widerspricht der Kaiserproklamation, ist aber vernünftig. Wenn Oesterreich aus dem Leim geht, kann auch der ungarische Globus nicht mehr halten!)

## Industrie und Handel.

### Keine Banknoten hamstern!

Die Verschlechterung der militärischen und politischen Situation in Deutschland hat ängstliche Naturen auf den Ausweg kommen lassen, ihren Besitz dadurch zu sichern, daß sie Banknoten hamstern. Diese Tollheit geht so weit, daß sie nicht nur neu einkommendes Geld aufspeichern, sondern auf die Bank gehen, um ihre Depositionen abzugeben und dabei zu verwalten.

Diese ängstlichen Geldbesitzer sollten sich vor allem vor Augen halten, daß in den heutigen unsicheren Zeiten jede Aufbewahrung von Wertgegenständen und Geld in der Wohnung und wie zahlreiche Morde zeigen, auch am Leibe ein gemaltes Risiko darstellt. Es wird wenige Leute geben, denen nicht schon aus der Wohnung, aus der Kammer, aus dem Keller, während der Eisenbahnfahrt in der letzten Zeit Sachen gestohlen wurden. Wie leicht das Geld den Langfingern eines Diebes ausgeht, beweist schlagend das Schicksal eines Schlächtermeisters, der sich vor kurzer Zeit 60 000 M. von der Bank abholte und dem dieser Betrag ausgerechnet am nächsten Tag glücklich gestohlen worden ist.

Das Hauptmotiv, das die Geldhamsterer beweist, ist wohl die Furcht vor Steuern. Ganz abgesehen davon, daß der Staat in Notfälle auch die Nachmittage hätte, die versteckten Banknoten an das Tageslicht zu locken, sollte doch heute kein Bewohner des Deutschen Reiches vergessen, daß wir eine Gemeinwirtschaft und Genossenschaft für Glück und Unglück bilden. Wer sich in diesen kritischen Zeiten weigert, Steuern zu zahlen, der erschwert der Gesamtheit den Weg zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zum Aufstieg aus diesem Nimmerland und schädigt sich dadurch mittelbar aufs schwerste. Denn darüber wird sich wohl niemand täuschen, daß heute das individuelle Schicksal von dem Gesamtschicksal abhängt. Von der Regierung muß freilich kategorisch verlangt werden, daß sie durch geeignete Beamte und Veranlagungsverfahren auch das platte Land zu erhöhter Steuerleistung und richtigem Einkommensverhältnis erzucht. Man kann nicht das Gemeingefühl und die Steuerfreude des Arbeiters und Beamten anrufen, deren Einkommen genau kontrolliert wird, während die Gutbesitzer und Bauern ihre reichen Kriegsgewinne den Steuerbehörden hinterziehen.

Welchen Umfang dieser Unflug angenommen hat, geht daraus hervor, daß von Juli bis September 1917 vier Milliarden Banknoten und Darlehensfassensteine in Verkehr gesetzt werden mußten, während sich der Bedarf 1917 auf 2,4 Milliarden, 1916 auf 818 Millionen, 1915 auf 453 Millionen und selbst im Mobilisationsjahr 1914 auf nur 2,2 Milliarden beschränkt hat. Während aber in diesen Jahren nach Quartalsabschluss ein Rückfluß der für die zu diesem Termin benötigten Zahlungsmittel eintrat, mußten heuer in den ersten Wochen weitere 1 1/2 Milliarden neuer Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden, so daß die Reichsdruckerei überlastet ist und erst in einigen Tagen den vollen Bedarf decken können.

### Die Börse.

Am Dienstag ist die Börse seit langer Zeit etwas erholt gewesen. Interventionen mußten nur in ganz geringem Umfange getätigt werden. Auf einzelnen Märkten wurden recht lebhaft Geldkurse gerufen. Auch der Kassamarkt war zum ersten Male fest, wenn auch die Zahl der nichtnotierten Werte noch immer sehr groß gewesen ist und erhebliche Kursabschwüchungen nicht ausgeschlossen waren. Im allgemeinen wurde das Angebot schlank angenommen und in einigen Papieren genügte die Nachfrage, um den Kurs recht kräftig in die Höhe zu setzen. Das war z. B. der Fall bei Berl. Anilin (von den variabel notierten Werten), auf dem Kassamarkt bei Wälschheimer Bergwerk, Vogtländische Maschinen, Hartmann-Maschinen, Vereinigte Werke und Sodamer Viktoria-Brauerei. Demberg mußten sogar nach oben partiell werden.

Den Anstoß zu dieser Befestigung hat der Deutscher Reichstag am Montagabend und die Hoffnung gegeben, daß die deutsche Note an Wilson das Tor zum Frieden aufstößen werde. So sehr auch alle Wünsche in dieser Richtung gehen, so ist doch vor überschwenglichen Hoffnungen zu warnen, um bittere Enttäuschungen zu sparen. Der Kampf zwischen den nationalpolitischen Schornsteinen und den Anhängern eines blühigen Friedens ist in den Ententeländern noch lange nicht ausgekämpft.

### Kaffee-Einfuhrhandel.

Am 21. Oktober 1918 fand in Hamburg unter Vorsitz eines Vertreters des Reichswirtschaftsrates die Gründung des Kaffee-Einfuhrvereins statt. Dieser Verein soll als Selbstverwaltungsförderung des Kaffee-Einfuhrhandels die Wirtschaftsstelle für die Uebergangsperiode bilden gemäß der Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Nationalwaren. Der Beitritt zu dem Verein steht allen offen, welche vor dem 1. August 1914 Kaffee nach Deutschland eingeführt haben.



